

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½, Sgr.
Die Postkosten nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Annoncen-Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. & A. Strick & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn P. Kemper; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Moos; in Berlin: A. Meyer, Schloßplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Laubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Posener Zeitung.

Zweihundertfünfzigster

Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgesparte Beile oder deren Blatt, Klammern verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 20. Oktbr. Se. M. der König haben Allernäidigst geruht: Dem Hauptmann Müller, aggregirt dem 2. Niederichles. Inf.-Reg. Nr. 47 den Rothen Adler-Orden IV. Kl. zu verleihen; und den Kreisgerichts-Rath Cohen von Baren zum Direktor des Kreisgerichts in Angerburg zu ernennen.

Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes an Stelle des auf seinen Antrag aus dem Amte geschiedenen Bundes-Konsuls Otto Günther zu Antwerpen den Kommerzien-Rath Richard Kind darläßt zum Konsul des Norddeutschen Bundes zu ernennen geruht.

Am Gymnasium in Landsberg a. W. ist die Beförderung der ordentlichen Lehrer Dr. Cylau und Dr. v. Dan zu Oberlehrern genehmigt worden.

Der kirchliche Zehnte.

(Schluß.)

Das Recht auf den Zehnten entstand für die Kirche wie für die Weltlichen theils durch landesherrliches Gesetz theils, wo die Geistlichkeit Grundeigentümerin war, in Folge eines Lehns- oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnisses, theils durch zweiseitige Geschäftsverträge, zum großen Theil aber auch durch Schenkungen und milde Stiftungen, worin hier zu Lande der polnische Adel und der polnische Bauer besonders viel leisteten. Auch verstand es die Geistlichkeit aus freiwillig ihr von Zeit zu Zeit gewährten Spenden dauernde und pflichtige zu machen, indem sie auf's Geschickteste mit den aus dem römischen Recht geläufig gewordenen Begriffen Obhutanz und consuetudo operirte. Wollte man überall einen urkundlichen Beweis der Zehnt-Gerechtsame fordern, die Berechtigten wären wohl selten im Stande, ihn zu liefern; indessen die Forderung des Zehnten ist ein Recht der Kirche geworden, und wird durch Gezeuge geschützt. Freilich gilt hier mehr, als irgendwo das Wort Göthe's:

Er leben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ewige Krankheit fort,
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte,
Und rücken jacht von Ort zu Ort.
Bemüht wird Unsun, Wohlthat Plage;
Weh dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Nach dem ist leider nie die Brage.

Gesetz und Recht muß mit dem Volksbewußtsein der Zeit übereinstimmen, für welche beides Geltung haben soll. Jede Zeit schafft sich, dem in ihr waltenden Geiste und dessen Bedürfnissen folgend, ihr eigenhümliches Recht, und so wenig wir unsere Altvordern hindern könnten, ihr eigenes Rechtsbewußtsein im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, so wenig können die Vergangenen uns zwingen, heut und für ewig an den alten Gesetzen fest zu halten.

Zehnrecht und Zehntgesetz sind mit dem modernen Rechtsbewußtsein längst in Widerspruch getreten und deshalb ist der weltliche, dem Staat, dem Lehnsherrn oder Grundbesitzer zu leistende Zehnt, bereits überall aufgehoben worden. Aber der Klerus hält an dem für Kirche und sonstige Anstalten ihm zustehenden Zehnt mit allen Kräften fest, ebenso hartnäckig, als die Geistlichkeit zu Karl des Großen Zeiten, welcher das Zehnrecht zwar nicht erfunden, aber doch verallgemeinert und mit den strengsten Mitteln eingeführt hat. Erließ er doch im Jahre 794 eine Verordnung mit dem Zusache, der Teufel werde denen, die den Zehnten verweigern, die Achren ausöhnen. Die meisten Volksstämme, solcher Lasten ungewohnt, leisteten hartnäckig Widerstand, der zum Theil länger als ein Menschenalter andauerte. „Das Joch des Zehnten konnten weder wir noch unsere Brüder, die Ostfranken, ertragen“ — schrieb der fromme Alkuin an seinen Bruder Arno, Erzbischof zu Salzburg.

Es sind besonders drei Gründe, welche den Zehnten heut als eine ungerechte Leistung erscheinen lassen. Einmal weil die Abgabe meist eine viel höhere geworden ist. Durch größere Anstrengungen und Kosten erzielt der Landwirth heut beim Getreidebau schwerere Körner als in den primären Zeiten der Drei-felderwirtschaft. Ein Scheffel Roggen z. B., der ehemals 60 Pf. wiegen mochte, erreicht jetzt oft ein Gewicht von 80 und mehr Pf. Der Zehntpflichtige muß aber heut so viel Scheffel stellen, als sein Urahn, dem er vielleicht nur den vierten Theil kostete.

Zum zweiten aber wird diese Mehrleistung nicht durch eine größere Gegenleistung aufgewogen. Die für den Zehnten zu verrichtenden kirchlichen Handlungen sind großen Theils wegfallen, besonders da, wo der Pflichtige nicht der katholischen Religion angehört und daher muß diesen der Dezem besonders ungerecht erscheinen und sie veranlassen, wie das häufig in unserer Provinz geschieht, die richterliche Entscheidung anzureufen. Noch weniger verrichten die Geistlichen andere Amtswaltungen, welche ihnen früher, als den oft einzige Schriftkundigen im Orte für die Leistung des Zehnten übertragen waren, z. B. Kanzleigeschäfte und die Ertheilung des Unterrichts in der Schule.

Als dritter Grund spricht gegen den Zehnten, daß er eine Naturabgabe ist, die man sonst überall als ungerecht und unwirtschaftlich durch andere erachtet hat; und es ist bedauerlich, daß diese Last gerade auf die Landwirtschaft drückt, welche ohnedies gegenwärtig unter mannigfachen Krisen leidet, und welche als das Fundament einer gefunden Staats- und Volksökonomie vor Allem gefördert werden sollte. Schon vor 30 Jahren schrieb

Miedel in seiner „Nationalökonomie“ die Nachtheile des Zehnten für die Landwirtschaft kurz zusammenfassend also:

Der Zehnt und die den Charakter dieser Abgabe theilenden Lasten gefährden die landwirtschaftliche Entwicklung nicht bloss durch Verminderung des auf sie zurückliegenden Kapitals, sondern setzen derselben auch anderweitige unübersteigliche Schranken entgegen. Die Zehntpflichtigkeit eines Grundstücks kann nur so lange als erträgliche Last erscheinen, als die Landwirtschaft auf niedrigster Entwicklungsstufe steht, keine große Ungleichheit der Produktionskosten von Bodenerzeugnissen stattfindet, die fruchtbarsten Grundstücke erst allein angebaut und so aufwändig angebaut werden, daß der Robertrag größtentheils aus der Selbstthätigkeit der Bodenkräfte bei dem Landbau oder dem animalischen Organismus bei der Viehzucht, nicht aber von angewandter Mühe und Arbeit, noch aus Kapitalverbringung herstellt. Daher findet man Abgaben, die in einem bestimmten Theile des Robertrages bestehen, auch allenthalben im ersten Anfang der Kultur. Mit den Fortschritten derselben und jeder Vermehrung des auf Herrobringung zehntpflichtiger Produkte verwendeten Arbeit und Kapital steigt der Zehnt zu einem höheren Betrage hinauf. Statt in einem zehnten Theile des Steinertrages zu bestehen, wird er sich bald auf den neunten, acht, sieben Theil u. s. f. erhöhen, und kann er unter Umständen den ganzen Überschüß über die Kosten des Anbaues absorbiren. Der Zehnt ist daher, nach Verschiedenheit der Kosten, womit Produkte hervorgebracht werden, eine höchst ungleiche Abgabe. . . . Dadurch erhält die Zehntpflichtigkeit landwirtschaftlicher Produktion für den Grundbesitzer einen viel stärkeren Reiz, die Kosten des Anbaues zu vermindern als die Produkte seines Gewerbes zu vermehren; denn aus der ersten Veränderung entspringend Gewinn kann er allein genießen, den letzteren muß er mit dem Zehntbernn thelen.“

Diese allgemein außer vom Herrenhaus und den Zehntberechtigten anerkannten Wahrheiten drückt ein britischer Schriftsteller M. Culloch kurz so aus: Der Zehnt ist ein Prämie auf die Faulheit, eine höchst lästige und stets wachsende Steuer auf Intelligenz und Betriebsamkeit.

All' diesen wirtschaftlichen und ethischen (nicht auf Grundformellen Rechts gefällten), aber dem innersten Volksbewußtsein entsprechenden) Verurtheilungen, die ihre fortwährende Bestätigung erhalten durch die jährlich an den Landtag gelangenden Petitionen um Verwandlung des Naturalzehnten in Geld und Ablösbarkeit derselben, weiß das Ministerium für geistliche Angelegenheiten nichts anderes entgegenzustellen, als die Behauptung, daß ohne die Prinzipien des Gesetzes vom 15. April 1857 das Eigenthum der geistlichen Institute keinen hinreichenden Schutz behalte. Auf der einen Seite die Wohlfahrt des Volkes, welches den Staat erhält, auf der anderen die Sorge für Erhaltung des geistlichen Eigenthums! Wer in aller Welt hat den preußischen Kultusminister zum Kurator der römisch-katholischen Kirche gemacht? Die katholische Geistlichkeit hat stets mit den irdischen Gütern aufs Beste zu schalten gewußt. Sie hat Vermögen erworben und großartig vermehrt, lange bevor der erste Nationalökonom sein System aufstellte. Hr. v. Mühlner braucht nicht zu sorgen, denn sie würde auch die Ablösungssummen für den Zehnten gleich dem guten Knecht im Evangelium zu verwerthen wissen. Und wenn nicht, was gegen alle Traditionen wäre, hat denn das katholische Volk nicht zu allen Zeiten eine großartige Freigebigkeit gegen die Kirche bewiesen. Schlimmstens aber, wenn das Kultusministerium durchaus glaubt, den Klerus unter Kuratel stellen zu müssen, mag der Staat durch andere Mittel für die Geistlichkeit sorgen, nicht durch Einrichtungen, welche das Volkswohl gefährden. Denn nichts drückt die Landwirtschaft mehr nieder, als ewige Belastung des Grund und Bodens.

Das Facit also ist: man schaffe ein auf billigen Prinzipien beruhendes Ablösungsgesetz! Es ist dies der beste Weg, um vergilzte Rechte mit dem lebendigen Rechtsbewußtsein der Zeit in Einklang zu bringen. Der Kirche soll kein Schaden zugefügt werden, denn die Landwirthen werden zahlen, wenn sie damit die Freiheit ihres Grundes erlangen, die ihnen die Aussicht gewährt, Kapital und Arbeit im eigenen, nicht zum Theil in fremdem Interesse zu verwerthen.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Okt. Die heutige „Prov.-Korr.“ widmet dem Lipperischen Antrage im Herrenhause einen Leitartikel, welcher auf das Entschiedenste gegen die Intentionen des vormaligen Justizministers positioniert und die Erwartung ausspricht, daß „alle Freunde der seit 1866 angebahnten deutschen Entwicklung sich mit der Regierung gewiß in der Zurückweisung des Antrages vereinigen werden.“ Wenn somit jetzt kein Zweifel mehr über die Stellung der preußischen Regierung zu dem bundesfeindlichen Antrage des Grafen Lippe bestehen kann, so wendet sich der Schluss des ministeriellen Artikels offenbar zugleich auch gegen den Miquel-Laskerschen Antrag im Abgeordnetenhaus. Freilich befindet sich, wie man aus dem ganzen Artikel ersieht, die Regierung völlig in Übereinstimmung mit den Absichten der Antragsteller, aber sie erklärt es für nicht opportun noch auch einem Bedürfnisse entsprechend, wenn die Einzellantage einen Antrieb oder eine Abmahnung versuchen, um die Bundespolitik auf dem richtigen Wege zu erhalten. „Alle“, schließt der Artikel, „denen die ungetrübte Entwicklung des Norddeutschen Bundes ernst am Herzen liegt, mögen dazu beitragen, daß die Einzelvertretungen nicht ohne dringenden Anlaß auf die Bundesangelegenheiten einzutwirken suchen.“ Man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß diesem nicht vom Herzen, sondern vom Verstände ausgehen den Wunsche, die Befürchtung zu Grunde liegt, daß wenn hier ein Antrag, wie der bundesfreundliche der Herren Lasker und

Miquel, in Wirklichkeit trüte, Landtage anderer Bundesstaaten sich in abweisendem, vielleicht gar entgegengesetztem Sinne aussprechen könnten, ein Zustand, der als ein parlamentarischer Bürgerkrieg anzusehen wäre, die Achtung des Bundes im Auslande gefährden und den Interessen des Bundes selbst nur schaden könnte. — Die Kommission, welche jüngst von Seiten der Staatsverwaltung nach Schleswig geschickt worden war, um an Ort und Stelle die Frage wegen Befestigung der dortigen Westküste einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, empfiehlt die Vornahme von Befestigungen, namentlich auf der Insel Sylt. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange und es soll nach Beendigung derselben mit der Ausführung der Schutzarbeiten unverzüglich vorgegangen werden. Dem Landtage wird zur Billigung der hierzu nötigen Geldmittel eine betreffende Vorlage zur Zeit gemacht werden. — Zwischen der Kommunalverwaltung der Stadt Königsberg i. Pr. und der Direktion der Ostbahn hat darüber eine Meinungsverschiedenheit geherrscht, ob der Bahnhof der letzteren in jener Stadt verpflichtet sei, die dortige Kommunaleinkommensteuer zu entrichten. Es ist jetzt die Entscheidung dahin erfolgt, daß die Verwaltung der Ostbahn nicht nur diese Steuer, sondern auch die Rückstände derselben zu zahlen habe. — Die Zahl der Gefangenen in den Straf-, Besserungs- und Gefangenanstalten hat sich im vergangenen Jahre so vermehrt, daß die etatmäßig für diese Anstalten ausgesetzte Summe nicht ausreichte, sondern überschritten werden mußte. Auch die Steigerung der Lebensmittelpreise verursachte eine Mehrausgabe.

○ Berlin, 20. Oktbr. Die gestrige Rede Gneist's, die dem Kreisordnungsentwurf der Regierung einen fast unbedingten Beifall zollte, wird in Abgeordnetenkäisen als eine Bestätigung einer Angabe angesehen, die schon früher verlautet hatte, daß nämlich der Entwurf von Seiten des Ministeriums schon vorher Gneist mitgetheilt worden war und daß der berühmte Gelehrte einigermaßen Pathenstelle bei demselben vertrete. Die Angabe scheint in der That richtig zu sein, obwohl es derselben zur Erklärung des Verhaltens Gneist's nicht bedarf, da diese hinlänglich in d. n. von ihm bei anderen Gelegenheiten ausgesprochenen und in seinen wissenschaftlichen Arbeiten niedergelegten Grundsätzen über Selbstverwaltung begründet ist. Immerhin wird das Ministerium mit einiger Befriedigung sich darauf berufen dürfen, daß sein Entwurf eine so beredte und von einer so bedeutenden Autorität vertretene Vertheidigung gefunden hat, obwohl es sich keiner Läufung darüber hingeben darf, daß die parlamentarische Entscheidung dadurch kaum beeinflußt werden wird. Denn es ist unzweifelhaft, daß der Standpunkt Gneist's in dieser Angelegenheit von der Majorität nicht allein nicht getheilt wird, sondern auch innerhalb der liberalen Partei ein völlig vereinselter ist. Letzteres prägte sich in ziemlich bezeichnender Weise bei der gestrigen Verhandlung durch die Unaufmerksamkeit aus, welche während des Gneistischen Vortrages allgemein herrschte. Theilweise lag die Schuld hieron allerdings auch wohl daran, daß der berühmte Staatsrechtslehrer in Form und Fassung statt einer politischen Rede einen Kathedervortrag von außerordentlicher Länge lieferte, der sehr bald vollkommen ermüdet wirkte. Was Lasker, der nächstfolgende Redner, dagegen vorbrachte, hatte vom Standpunkt der national-liberalen Partei aus ebenfalls sein Bedenkliches, denn dies schlagfertige Mitglied der Opposition schoss, offenbar provoziert durch die Ausführungen seines Vorredners, weit über das Ziel hinaus, indem er Trumpf gegen Trumpf setzte und die Kreisordnung nun genau so weit erniedrigte, als jener sie hoch erhoben hatte. Die hiesige „Boss. Blg.“, als Organ der Fortschrittspartei, läßt sich diesen Vortheil auch nicht entgehen und konstatirt heute mit Befriedigung, daß Herr Lasker an der Kreisordnung auch nicht ein gutes Haar gelassen habe und daß, wenn gleichwohl der Hoverbeck'sche Antrag nicht angenommen werden sollte, dies aus sachlichen Gründen demnach nicht erklärt werden könne. Uebrigens hat Lasker in der gestrigen Sitzung bekanntlich einen Antrag eingebracht auf Niedersetzung einer Kommission zur Vorberatung derjenigen Punkte der Kreisordnung, welche das Plenum derselben zu überweisen beschließen werde. Ich hatte Sie bereits darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Gang der Verathung vermutlich eingehalten werden dürfte, es ist indessen zu konstatiren, daß dieser betreffende Antrag gleichwohl nicht aus einem Beschlüsse der Fraktion hervorgegangen, sondern sogar vollständig ohne vorherige Kenntnis derselben gestellt worden war, obwohl er heute schließlich als der geeignete Ausweg mit sehr großer Majorität angenommen wurde. Wie sehr die gestrige Laskersche Rede im Ganzen ungünstig gewirkt hat, war auch aus dem Gang der heutigen Debatte klar zu erkennen. Namentlich die Freikonservativen gaben ihrer Verstimmung durch Hrn. v. Diest lebhaften Ausdruck und Graf Eulenburg benutzte sofort die Situation zu einem nicht ungeschickten, mit einer ominösen Drohung schließenden Angriff auf die Nationalliberalen, welcher durch v. Hennig so gut wie es ging, zurückgewiesen wurde. Am geschicktesten von sämtlichen Rednern sprach übrigens heute der Abg. v. Hoverbeck, dessen Rede selbst bei denen, die seiner Auffassung ferner stehen, entschiedene Wirkung erzielte. — Auf die

von dem Minister des Innern gestern vorgebrachten Argumente in Betreff der Ausnahmestellung der Provinz Posen, repliziert er, daß man mit Beibehaltung dieses Systems eben niemals dazu kommen werde, die Ausnahmestellung durch Erwerbung des Vertrauens entbehrließ zu machen. Es ist übrigens zu bedauern, daß dieser Gegenstand nicht im Sinne der von Ihnen bereits dargelegten Gründe eine nähere Beleuchtung von der Tribüne herab gefunden hat. Qui tacet consentire videtur.

Berlin, 20. Okt. So wäre denn die Vorberathung über die Kreisordnung geschlossen; der Präsident ist gewillt, bis zu dem Beginne der Spezialberathung eine ganze Woche hinzugehen zu lassen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, ihre Position zu den einzelnen Bestimmungen zu nehmen und sich über die Verbesserungsanträge zu verständigen. Die erregte Stimmung, unter welcher durch die Rede des Abg. Lasker die gesetzige Sitzung schloß, fand ihre Nachwirkung in fühlbarer Weise in den gesamten heutigen Debatten. Der erste Ordnungsruß in dieser Session wurde vom Präsidenten gegen den Abg. v. Lattorf erlassen; Präsident v. Horckenbeck entschloß sich selten und schwer zu einem solchen Vorgehen, niemals fand er eine lebhafte Zustimmung von Seiten des Hauses als in diesem Falle, wo es sich einfach um ein Schimpfwort handelte. Laskers gesetzige Rede fand eine sehr verschiedenartige Beurteilung. Von vielen, selbst befremdeten Seiten hielt man sein scharfes kritisches Vorgehen mindestens für nicht geschickt Angefangen des bisherigen Verlaufs der Dinge, während von anderer Seite dem Redner viel Lob gespendet wurde. Die, wenn man so sagen darf, etwas ungünstige Position des Redners ist durch den persönlichen Ausfall jenes Hrn. v. Lattorf und den, wenn auch geschickteren Angriff des Ministers sofort verbessert worden, und man dankt Hrn. Lasker im Hause, die wohl wider Willen erfolgte Hervorführung der wahren und ungeschminkten Ansicht der Konservativen und des Ministers über die ganze Frage. Angemessenes Eigenlob über das vollendete Werk und seine KonzeSSIONEN an den Liberalismus treten auf der einen Seite zu Tage, und auf der anderen der feste Wille, Alles, was über die vielgepriesene Vorlage hinausgeht, abzulehnen. Zu konstatiren ist übrigens, daß auch auf der äußersten Linken der bloße Nihilismus in dieser Frage nicht vorhanden, sondern überall Bereitwilligkeit hervorgetreten ist, den Entwurf zu verbessern. — Bekanntlich gehört zu den Vorlagen, welche der Finanzminister eingebracht hat, auch der Vertrag mit Sachsen, wegen der Doppelbesteuerung. Wie man hört ist keineswegs gewiß, daß dieser Antrag zur Annahme gelangen wird, wenigstens macht sich eine Neigung zur Ablehnung bemerkbar und zwar aus dem Grunde, weil man wünscht, daß derartige Verträge zwischen zwei Bundesstaaten nicht außerhalb sondern auf dem Gebiete der Bundesgesetzgebung und durch dieselbe ihre Erledigung finden sollten. Die Finanzkommission des Abgeordnetenhauses wird sich demnächst mit diesem Gegenstande befassen. Im Übrigen dürften ähnliche Bedenken, wenn auch nicht in der Absicht auf Bereitstellung des Gesetzes bei dem Entwurf über den Großjährigkeitstermin hervortreten. Man will nämlich wissen, daß im Bunde dies Gesetz durch die Schwierigkeiten gescheitert ist, welche Mecklenburg dagegen erhoben hat und will dies wenigstens zur Sprache bringen. — Der gestern erwähnte Antrag der Fortschrittspartei zum Budget wird sich zu einer Resolution gestalten, welche die Notwendigkeit ausspricht, daß die Ausgaben des Bundes verminder werden müssen, wenn Ordnung in die Finanzen kommen und das Mittel gefunden werden soll, die zu nützlichen Zwecken erforderlichen und jetzt zurückgesetzten Ausgaben zu decken. Dass ferner die Verminderung der Bundesausgaben nur möglich ist, wenn umfassende Ersparnisse im Militärfiskal eintreten und die dauernde Kriegsbereitschaft, welche nicht auf der Erforschung der Völker, sondern auf der Haltung der Kabinette beruht, ein Ende nimmt; daß endlich zur Herbeiführung dieses Zweckes auf diplomatischem Wege eine allgemeine Entwicklung angebahnt werde. Man darf mindestens gespannt sein, wie weit das Haus diese theoretisch ja ganz gewiß wichtigen Forderungen mit den praktischen Aufgaben und Zielpunkten der Situation zu vereinbaren geneigt sein möchte. — Im Abgeordnetenhaus war heute vielfach das Gerücht verbreitet, die Angelegenheit der Prämienanleihe habe plötzlich eine günstige Wendung genommen. Der hiesige unveränderte Stand der Dinge in dieser Frage steht dem tatsächlich entgegen; dagegen wollte man wissen, daß die 4 befehligen Eisenbahngesellschaften und zwar mit besserem Erfolge im Begriffe ständen, das Geschäft mit der Darmstädter Bank abzuwickeln. — Als Ergänzung zur Ergänzungsschrift des kgl. preuß. statistischen Bureaus erschien so eben „Beiträge zur Gesetzgebung über das Versicherungswesen im Allgemeinen und über das Feuerversicherungswesen insbesondere, von E. Jacobi, kgl. Geh. Reg.-Rath in Liegnitz.“ Diese gediegene Arbeit des geschätzten Beamten und Mitglied des Abgeordnetenhauses bietet eine außerordentlich wichtige Erweiterung des über das Versicherungswesen vorliegenden Materials.

Wie die „Prov.-Korr.“ meldet, wird der König nach den jetzigen Bestimmungen am Sonnabend (23.) Baden-Baden verlassen und am Sonntag (24.) in Berlin eintreffen. Die Königin Augusta wird noch einige Zeit in Baden verweilen und sich dann von dort zunächst nach Koblenz begeben.

Der Berathung der Kreisordnung im Abgeordnetenhaus widmet die neueste „Prov. Korr.“ einen längeren Artikel. Nachdem sie darauf hingewiesen, daß die entschieden konservative und die freikonservative Partei die Grundlage des Entwurfes annehmen würde, die liberalen Parteien, mit Ausnahme der fortschrittlichen, derselben zwar in vielen und wichtigen Punkten der Verbesserung bedürftig, aber unter solcher Voraussetzung für eine geeignete Grundlage weiterer Verständigung erklärt haben, macht sie besonders auf die Reden des Abg. v. Kardorff und Dr. Gneist aufmerksam, die mit solcher Entschiedenheit für die Vorlage der Regierung eingetreten sind. Beider Auslassungen wären von großer Bedeutung, da sie von jeher den lebendigsten und einsichtigsten Eifer für die Gründung von Einrichtungen der Selbstverwaltung befunden. So hat der Abg. v. Kardorff im vorigen Jahre eine Schrift über die Verwaltungsreform veröffentlicht, deren Ausführungen in allen politischen Kreisen eine große Beachtung und Anerkennung gefunden. Zum

Schlüß macht das Blatt das Abgeordnetenhaus und vor Allem die liberale Partei für eine etwaige Bereitstellung der jetzigen Reformversuche verantwortlich.

General v. Schweinhäuser, Militärbevollmächtigter in Petersburg, ist, nach der „Magd. 3.“, definitiv zum Gesandten in Wien an Stelle des nach Paris versetzten Frhns. v. Werther ernannt worden.

Die „N. A. 3.“ dementirt die Nachricht der „Elbs. 3.“, wonach das Bundesklangeramt die Regierungen aufgefordert haben soll, sich über die Thunlichkeit einer Erhöhung der Tabaksteuer, beziehungsweise Einführung des Tabakmonopols zu äußern.

In Stelle des königl. Abg. v. Salzwedell, der sein Mandat niedergelegt, wurde am 19. d. der Regierungspräsident v. Ernsthausen (sonst) für den Bezirk Friedland-Gerdauen-Nassenburg in das Abgeordnetenhaus gewählt.

Die Regierung hat beschlossen, wie man dem „B. B. C.“ berichtet, im Jahre 1870 eine geognostische Karte des Königreichs Preußen aufnehmen zu lassen. Die Kosten dieser Aufnahme mit den Kosten für die ebenfalls anzufertigenden geognostischen Spezialkarten der einzelnen Provinzen sind auf ca. 20,000 Thlr. veranschlagt.

Petersburg, 20. Okt. (Tel.) Der Kriminalsenat des Appellationsgerichts hat das freisprechende Erkenntnis des Kreisgerichts zu Tilsit in dem Grenzelschen Prozesse verworfen und Grenz als Verfasser des intrigenartigen Artikels im „Bürger- und Bauernfreund“ schuldig erkannt, durch öffentliche Verbreitung erdicteter und entstehender Thatfachen die Obrigkeit dem Hause und der Bevölkerung ausgefegt, resp. obrigkeitliche Anordnungen öffentlich gemacht und Mitglieder des Ministeriums öffentlich beleidigt zu haben. Das Urtheil erkennt gegen Grenz auf 150 Thlr. Geldstrafe event. 2 Monate Gefängnis, gegen den Verleger Post in Tilsit wegen Theilnahme auf 20 Thlr. Geldstrafe event. 7 Tage Gefängnis und gegen den Redakteur Simplicio auf 10 Thlr. Geldstrafe event. 4 Tage Gefängnis.

Newied, 20. Okt. (Tel.) Der Fürst Karl von Rumäniens wird morgen von hier nach Weinburg in der Schweiz abreisen, von dort wird er sich nach Florenz begeben, um dem König von Italien einen Besuch zu machen. Die Vermählung des Fürsten mit der Prinzessin Elisabeth von Wied wird zwischen dem 10. und 15. November im Schloß Wied stattfinden, und gleich darauf wird der Fürst mit seiner Gemahlin nach Rumäniens zurückkehren.

Dresden, 17. Okt. In einem Schlaflaale der hiesigen großen Infanterie-Kaserne hat sich am 14. ein von hier gebürtiger Tambour des 3. Kompanie des Leibgrenadierregt. mit einem Dienstgewehr erschossen. Ein Brief, den er kurz vor seinem Tode mit Bleistift in Haft, wie man sieht, geschrieben, gibt einigermaßen die Ursache zur That an. Er sagt wörtlich: „Liebe Eltern! Das ist eine Minute vor meinem Tode. Ich kann es nicht länger aushalten; denn mir geht es bei der Kompanie zu schlecht.“ — In Chemnitz wurde am 12. auf dem Käfernenplatz ein Soldat mit fünf Dörfern in Zeit von fünf Minuten von seinem Vorgesetzten (Exzerziermeister) traktiert und zwar wegen falsch genommener Wendungen. „Die vielen Selbstmorde unter dem sächsischen Militär scheinen sehr nahe liegende Ursachen zu haben“, bemerkten die „Chemn. Nachr.“ hierzu.

Oesterreich.

Wien. Die Morgenauflage der „N. fr. Pr.“ vom 20. Okt. meldet: In Kattaro ist das Standrecht publiziert. — Im Hafen von Triest ist ein angeblich montenegrinisches Pulverschiff konfisziert, ein zweites entflohen. Der Fürst von Montenegro hat, als er von der Konfiszierung des Schiffes benachrichtigt wurde, seine Missbilligung des Aufstandes ausgesprochen und die Versicherung absoluter Neutralität gegeben. — Ebenso erfährt die „N. fr. Pr.“, daß die Landtage am 30. d. M. geschlossen werden sollen. Die Eröffnung des Reichsraths wird erst Ende November stattfinden, da der Kaiser selbst die Thronrede zu halten gedenkt. — Aus Risano wird unterm 19. Okt. berichtet: Die Insurgenten sind durch Geschüsse von den Höhen oberhalb Risano vertrieben, die Höhen wurden nach geringem Widerstande genommen.

Frankreich.

Paris, 18. Okt. In Compiegne gehts lebendig zu; die Portefeuilles werden ausgetragen wie altbackene Semmeln, aber es finden sich wenige Reaktionen. Es ist immer bezeichnend für die Stellung eines Gouvernements, wenn die hohen Posten, die es zu vergeben hat, keine Abnehmer finden. Selbst Emil Ollivier, der doch wahrschafft den Portefeuilles gegenüber nie ein Rostverächter war, weigert sich jetzt, Minister zu werden. Schneider will mit Rouher nicht unter einer Fahne dienen, und dieser fühlt sich als Senatspräsident nicht in seinem Element; er möchte gar zu gern wieder einmal Minister werden und seine Redefunkstücke vor der renitenten Opposition aufführen. Faktisch vakant ist bis jetzt nur das Portefeuille des Außen, da Latour d'Auvergne Auscheiden aus dem Ministerium ausgemachte Thatfache ist. Wer soll ihn nun ersetzen? Die meisten Chancen scheint Drouin de Lhuys zu haben, der in Compiegne bereits seine Aufwartung gemacht hat. Mit ihm würde der Chauvinismus wieder sein Haupt erheben und man würde vielleicht wieder einmal versuchen, das Augenmerk des Volkes von den inneren Misere abzulenken und auf Deutschland zu richten, das überdies jetzt Eduard Simon im „Constitutionnel“ zum fortwährenden Gegenstande aufhebender Artikel macht, indem er ausführt, daß man gegen die Vorgänge in Deutschland nicht gleichgültig sein dürfe, sie vielmehr konstant mit aufmerksamem Auge beobachten müsse. Ihm stimmt der „Peuple français“ wacker zu, und wenn auch vor der Hand das französische Volk diesen Heitereien kein sonderliches Gehör schenkt, sondern an dem Grundzage der Opposition, die innern Angelegenheiten zum Objekt ihrer Thätigkeit zu machen, festhält, so kann es doch geschehen, daß, wenn Drouin de Lhuys ans Ruder kommt, mit ihm die alte Leier von einem Kriege gegen Deutschland wieder losgeht und die Gloirewuth wieder einmal den Franzosen in die Köpfe fährt. Der Kaiser selbst ist verstimmt und hält, wie ein eigenständiges Kind, nur immer an der Willensäußerung fest, daß man etwaige Demonstrationen, die der 26. Okt. bringen könnten, mit unerbittlicher Energie erdrücken müsse. Er ist auch von der Notwendigkeit eines Ministerwechsels überzeugt, aber die Personfrage macht ihm Verlegenheit. Der Schritt vom persönlichen zum parlamentarischen Regiment wird ihm recht sauer, aber zuletzt wird er sich nicht anders helfen können, denn die Verhältnisse drängen einer Entscheidung entgegen. Wie die Dinge liegen, darf man wohl annehmen, daß der Mittelpartei der 116 — dem sog. Tiersparti — einige Ministerportefeuilles winken. Besser freilich ist in Kärtäys als in Rouhers Händen die Leitung der Geschäfte zu wissen, aber ob die 116 sich nicht vom Kaiser werden breit schlagen und von ihren parlamentarischen Neigungen abwenden lassen, das steht dahin.

Schlüß macht das Blatt das Abgeordnetenhaus und vor Allem die liberale Partei für eine etwaige Bereitstellung der jetzigen Reformversuche verantwortlich.

Heute um 3 Uhr versammelte sich die Opposition bei Jules Favre und unterzeichnete nach einer kurzen Berathung folgendes Manifest:

An unsere Mitbürger! Man fragt uns, ob wir uns am 26. Oktober nach der Kammer begeben. Wir werden es nicht thun, und hier unsere Gründe. Wenn wir uns nach der Kammer begäben, würden wir uns notwendiger Weise eine Kundgebung hervorrufen, deren Verlauf und Tragweite unter den jetzigen Verhältnissen Niemand regulieren kann. Nun haben wir aber nicht das Recht, dem Zusatz das Schicksal der wiedererstehenden Freiheit zu überliefern. Wenn eine große Revolution, eine friedliche Revolution ihren Anfang genommen, wenn man von Tag zu Tag die unvermeidliche Lösung erblickt, so wäre es unpolitisch, der Regierung irgend einen Vorwand zu geben, um sich in einer Emeute neue Kräfte zu holen. Wenn die Regierung die von ihr selbst vorgeschriebenen konstitutionellen Regeln mit Fügheit, so hat die Demokratie für den Augenblick nur eines zu thun, nämlich Amt davon zu nehmen. Diese Verfassung, welche mit ihren eigenen Händen zu zerstören die Regierung beliebt, wir haben sie angenommen und es ist nicht unsere Sache, sie durch unsere Vertheidigung zu restaurieren. In dieser Lage haben wir beschlossen, die effektive Eröffnung der nächsten Session zu erwarten. Dann werden wir von der Regierung für diesen neuen der Nation Beweis selbst, der seit Monaten geliefert wird, darthun, daß die persönliche Regierung, obgleich sie thut, als verschwindet sie vor der öffentlichen Missbilligung, nicht aufgehort hat, als Herr zu sprechen und zu handeln. Dann werden wir endlich mit dem Boden des allgemeinen Stimmrechts und der National-Souveränität das Einige, was in Zukunft noch besteht, das Werk der demokratischen und radikalen Revindikation verfolgen, dessen Fahne das Volk unserer Hände übergeben hat. Bancel, Behmont, Desseaux, Doriau, Jules Favre, Jules Ferry, Leon Gambetta, Garnier-Pagès, Guyot, Montpaysor, Grévy, de Souvenel, Larrieu, Leesne, Magnin, Ordinaire, G. Pelletan, G. Picard, Jules Simon, Tachard.

Heute Abend findet eine große Privatversammlung statt, in welcher auf Einladung der Delegirten eines Wählerkomites die Herren Simon, Bancel und Gambetta öffentlich sich über ihr Verhalten für jenen Tag aussprechen wollen.

Frankreichs Vertreter im Auslande, die beurlaubt waren, haben sich wieder auf ihre Posten begeben: Benedetti nach Berlin, Malaret nach Florenz, Vanneville nach Rom, Saint Terrool nach Kopenhagen. Auch de la Lavalette wird bald nach London zurückkehren und General Fleury sich nach Petersburg begeben. — Die Kronprinzessin von Preußen und die Prinzessin Louise von Hessen sind mit ihrer Familie und zahlreichem Gefolge, in Kognito reisend, gestern früh von Lyon in Marseille eingetroffen und von dort nach Cannes gefahren, wo sie einen Theil des Winters aubringen wollen.

Paris, 20. Okt. (Tel.) Das „Journal officiel“ schreibt: „Die Regierung hat die heftigen Angriffe des Journals „Pays“ gegen einen Prinzen der kaiserlichen Familie mit tiefem Bedauern aufgenommen.“

Spanien.

Madrid, 19. Okt. (Tel.) Die Cortes haben ihre Berathungen wieder aufgenommen und in ihrer heutigen Sitzung der Armee, der Marine und dem treugebliebenen Theile der Freiwilligen der Freiheit den Dank des Vaterlandes für die bewiesene Hingabe ausgesprochen. Prim sprach sich im Verlauf der Sitzung für die baldige und womöglich einstimmige Wahl eines Königs aus.

Italien.

Florenz, 20. Okt. (Tel.) Der König hat die Demission der Minister Ferraris und Pironti angenommen und den Marquis Rudini zum Minister des Innern, den ersten Präsidenten des hiesigen Kassationshofes, Senator Vigliani, zum Justizminister ernannt. Ob sie die ihnen übertragenen Portefeuilles annehmen werden, ist noch nicht bekannt. Der Ministerpräsident Graf Menabrea ist gestern Mittag von Turin wieder zurückgekehrt. — Der König wird Freitag hier wieder erwarten.

Rom, 14. Okt. Der Kardinal Verardi, Pro-Minister der öffentlichen Arbeiten (das Pro sezen mit Ausnahme des Staats-Sekretärs alle Minister-Kardinäle vor ihren Titel), hat heute den Grundstein zu dem Denkmal gelegt, welches die Erinnerung an das Konzil der Nachwelt aufzubewahren soll. Das Denkmal wird schweres Geld erfordern; die Einweihung selbst soll nach Schluss des Konzils im Beisein der fremden Bischöfe stattfinden zugleich mit der Einweihung des Denkmals, das den päpstlichen Gefallenen aus den Kämpfen von 1860 bis 1867 gezeigt wird. Man hält darauf, die verfammlten Kirchenfürsten für diese Zeremonie als für eine Verhüttung der weltlichen Gewalt gewissermaßen mit verantwortlich zu machen. Der heutigen Feierlichkeit wohnten alle hier anwesenden Mitglieder der neapolitanischen Königsfamilie bei, auch der Herzog von Parma, dessen Gemahlin (Schwester Franz' II.) guter Hoffnung sein soll. Der Papst wird jedenfalls bei dem erwarteten Kinde Pathenstelle übernehmen, wie er die Prinzessin selbst während seiner Verbannung im Jahre 1849 zu Portici über die Taufe gehalten; nicht minder natürlich bei dem Nachkommen, auf den der Exkönig von Neapel sich Hoffnung macht. — Demnächst sollen die Arbeiten der französisch-italienischen Kommission beginnen, welche die päpstliche Schuld endgültig zu regeln hat. Man erwartet nur noch den französischen Gesandten, Marquis Vanneville, der gegen Bermuthen den Landweg eingeschlagen hat.

Das Komite für den Freidenker-Kongress in Neapel hat unter dem 22. Sept. c. folgende öffentliche Erklärung abgegeben:

Wenn unserem Aufrufe vom 15. März sehr zahlreiche Zustimmungen gefolgt sind, so haben uns auch Gegenbemerkungen und selbst Kritiken der Freidenker nicht gefehlt. Um daher den verschiedenen Einwendungen zu begegnen und jeden Zweifel zu heben, wird es nötig sein, das Thema, über welches in der Berathung vom 8. Dezember debattirt und Beschluss gefasst werden soll, schon jetzt genau festzustellen; da der Grundsatz der freien Forschung die Ursache der unendlichen Verschiedenheiten der religiösen Lehren ist und ein gemeinschaftliches credo ganz unmöglich macht; da es strebt hat, über die großen Fragen der Gottheit, der Unsterblichkeit, des Ursprungs alles Seins u. s. w. sich zu verständigen, und daß man daher sich beschränken muß, solche Regeln der Moral festzulegen, die jeder annehmen und annehmen kann, weil es ihr Zweck ist, das Glück der Gesellschaft im Allgemeinen und jedes Individuums im Besondern zu begründen; entfernen wir von vornherein jede theologische Diskussion, indem wir uns damit begnügen, den vernünftigen und rechtlichen denkenden Männern aller Länder und aller Religionen die folgende Formel vorzulegen: „Des Bösen sich enthalten.“ — das Gute thun — sich gegenseitig lieben im Interesse Aller. Zu diesem Ende schlagen wir vor, die Organisation einer internationalen Verbindung, deren allgemeiner Zweck sein soll, einen beständigen Krieg zu führen gegen die beiden Hauptursachen aller Leid des menschlichen Geschlechts, des Glaubens und der Unwissenheit, und deren besonderer Zweck die Befreiung des Papsthums sein soll, dieser Stütze alles dessen, was es in der Welt Veraltetes und der Gesellschaft Schädliches gibt.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Okt. (Tel.) Das preußische Schiff „Moritz Reichenheim“ ist bei Shields gestrandet, und die preußische Brigg „Theodor“ nach Verlust des Ankers in Dover eingelaufen.

Russland und Polen.

Petersburg, 16. Okt. Beider haben die Studenten der Universität Dorpat sich zu einer etwas stürmischen Demonstration fortreien lassen, durch welche die Nationalen Wasser auf ihre Mühle erhalten. Weil die auf deutsche Fuß organisierte Universität Dorpat die einzige ist, welche von den Hochschulen Russlands etwas leistet, so war sie von jeder den Russifikatoren ein Dorn im Auge. Nun muß sich einer der Privatdozenten, Dr. Walter (welcher sich als Schüler von Gneist ansieht) durch eine merkwürdige Vorlesung für russische Einrichtungen par excellence auszeichnen. Er war stets als fleißig bekannt und als gewandter Kompilator geschätzt, aber nicht gerade wegen der Richtigkeit seines Vortheils bewundert. Namentlich ward ihm die Erlangung des Doktorgrades so schwer, daß erst die dritte Dissertation ihn zum Siele führte. Trotzdem hatte er mehrere dicke Bände geschrieben, vergnügter aber keineswegs seinen Anhang in Dorpat, indem er für die russischen Einrichtungen selbst dann noch begeistert blieb, als ihre Nutzenmäßigkeit unter den Russen selbst außer allem Zweifel stand. In einer Vorlesung gewann die Abneigung gegen den ultrarussischen Loyalisten auf dem Katheder so weit Verband, daß der Dr. Walter unter gewaltigem Halloh abtreten mußte. Auch wurde ihm Abends extra ein Prozeß gebracht. Nach den landesüblichen Ansichten konnte Walter nicht mehr in Dorpat residieren, und er erbat sich seine Versetzung nach der höchst unvollständig besetzten juristischen Universität Chartow. Zu anderen Seiten hätte dieser Vorfall nichts zu bedeuten; unter den obwaltenden Umständen darf man ihn nur aufrichtig beklagen. Von Walter scheint es sonderbar, daß er die Katastrophe nicht vermieden, was leicht gewesen wäre, wenn er sich in den Vorträgen verschiedener Handbemerkungen enthalten hätte. Man will allerdings behaupten, daß für Walter Chartow stets das Ideal einer Universität gewesen, und daß er sich immer dahin gewünscht hätte. — Der „Kontakt“ erzählt viel von den Erfolgen der russischen Bibelgesellschaft. Der Agent der russischen Bibelgesellschaft Otto Dorchhammer, hat eine Buchhandlung in Tiflis eröffnet; er kann nicht genug die Fortschritte der Bibelverbreitung im Kaukasus rühmen. Von März bis jetzt hat man in Tiflis allein 3000 Bibeln verkauft (in russischer und kirch.-slawischer Sprache). In Kutais sind 250 Exemplare abgezeigt worden und in den anderen Städten nach Verhältniß. Am meisten werden die Bibeln von den Soldaten gekauft; in zwei Stunden nahmen sie im Lager bei Kutais allein nicht weniger, als 50 Exemplare. — Von Wilna hört man, daß der Generalstaatsrat die Lage der Israeliten in Litauen verbessern will und dazu eine Kommission bereits niedergesetzt hat. — Zu bewundern ist der Cicer, welchen der äußerst thätige Generalpolizeidirektor von Petersburg, General-Adjutant Trepow, seinen Untergebenen einzuführen versteht. Er sucht es ihnen einzuschärfen, daß sie zur Sicherheit und Wohlfahrt der Einwohner da sind — ein in der russischen Bürokratie noch nie mit solcher Schärfe gelehrtes Grundsatz. So geschah es, daß schon zwei Mal die betreffenden Stadtpolizeiseergeranten sich zum Opfer drängten, um wildgewordene Pferde aufzuhalten und größeres Unglück zu verhindern. Der Generalpolizeidirektor bietet dann seinen ganzen Kredit auf, um die pflichttreuen Stadtseergeranten für ihre Angehörigen zu entschädigen. Die „Moskauische Zeitung“ wundert sich, daß die „Geldentheaten“ der petersburger Stadtseergeranten kein Ende nehmen. Eine Pflichttreue, die mit Aufopferung des Lebens verbunden, so zu ironisiren, das ist für den Moskowitzmus mehr als bezeichnend. — Der Generalstaatsrat von Litauen Potapoff, welcher sich um Organisation und Verhüllung seines Gebietes auf das Anlegenstümme bemüht, hatte durch einen Befehl vom 26. März angeordnet, daß der Territorialbesitz der Bauern auf das gesetzliche Maß, d. h. auf Grundlage der attenmäßigen Dotierung, zurückgeführt werden sollte. Dieser Befehl ist mehrfach eingefährdet und die Herausgabe des rechtswidrig Angeigneten angelegenheit betrieben worden. Jetzt werden die Bauern aufsässig, weil sie das unrechtmäßig Angeignete nicht herausgeben wollen. Dadurch wird der Besitz solcher Grundherren, welche der Regierung treu geblieben, auch gefährdet, denn erstens haben die Bauern unter Muranowschje sich des Besten bemüht, und zweitens ist es höchst gefährlich, in einer so wichtigen Frage das Prinzip der Straflosigkeit Platz greifen zu lassen. Der polnischen Emigration ist das Dilemma nicht entgangen, in welchem die Regierung schwelt, und sie hat einzelne Flugschriften in den Landesdiözesen verbreiten lassen und darin bei neuem Aufstande den Bauern den wirklichen Besitz des nun faktisch innegehabten Territoriums zugesagt. Auch weisen die Flugschriften auf die Unschärfe des russischen Rechtszustandes, nach welchem morgen durch einen Befehl genommen werden kann, was heute durch einen Befehl geboten wird. Man sucht dabei die Befürchtung wachzurufen, daß den Bauern ein Mal ebenfalls auch das rechtmäßig Besessene abgesprochen werden könnte. Unstreitig ist die hier sich ergebende Verwickelung ernsthaft, und die polnische Emigration versteht sie wohl auszubauen. Doch ist nicht Potapoff die Schuld davon zuzuschreiben, (wie die moskauischen Russifikatoren es wohl möchten), sondern nur die Politik der ehemaligen Stadthalter zu beschämen, welche sich den Übergriffen der Bauern ihrer Zeit nicht energisch genug widersegnen. — Über die Bewaffnung der Armee erfährt man, daß erst neuerdings die Garde des Kleingewehrs ausgewählt worden, mit welchem zunächst nur die Garde versehen wird und um daß die Gerüchte von einer Ausrüstung der Armee mit Hinterladern völlig ungegründet sei. Bei einzelnen Militäranstalten und Scharfschützenkompanien hat man Versuche mit verschiedenen Hinterladern angefertigt, aber noch kein Regiment damit bewaffnet. Für die Garde sollen auch vorerst nur 40.000 Stück Gewehre angeliefert werden. Wenn jetzt erst diese bevorzugte Truppengattung zeitgemäß versorgt werden soll, wie lange wird es da noch mit der übrigen Armee dauern, ehe sie als kriegsbereit gelten darf? Diese Langsamkeit in Bezug auf die Hinterlader ist um so auffälliger, als ihre Anschaffung in der That schon vor zwei Jahren besprochen wurde, aber noch nicht zur Ausführung kam, weil man über das zu zu wählende System nicht sich zu einigen vermochte. — Die Taxen für telegraphische Depeschen waren bisher bei uns enorm. Dennoch hat das Telegraphenamt im vorigen Jahre über 2 Millionen Rubel eingebracht und in diesem Jahr gar gegen 12 Prozent mehr. Es ist hier immer schwer, der Eingang zu verschaffen, daß Post und Telegraphen erfahrungsgemäß mehr einbringen, sobald die Taxen ermäßigt werden. Jetzt sollen auch die Telegraphengebühren herabgesetzt werden. — Für Petersburg soll eine neue tief eingeführte Mafregel angeordnet werden: die Abschaltung der Immobilien nach ihrer zeitgemäßen Bedeutung und ihre dem entsprechende Besteuerung. Früher suchte man der Anzahl solcher Stände, die nicht zu den höheren gerechnet wurden, insofern Hindernisse zu bereiten, als deren Angehörige als Haushalter eine ganz besondere Steuer zu entrichten hatten, wie für ein Kaufmännisches Etablissement. Ob diese Extrasteuer wegfallen wird, wissen wir nicht. Jedenfalls ist die neue Abshaltung der Immobilien und ihre gleichmäßige zweckentsprechende Besteuerung durchaus zu empfehlen.

Türkei und Douansfürstenthümer.

Aus Konstantinopel wird der „König. Blg.“ unter dem 17. Oktober telegraphiert: „Gestern fand zu Ehren der Kaiserin der Franzosen auf der Ebene von Belo, in Asien eine große Truppenparade statt. Der Sultan bot der Kaiserin den Arm und führte sie zu einem Pavillon von augenverblendender Pracht. Omer Paşa führte das Kommando über die 25.000 Männer, welche die Ehre hatten, die Revue zu passiren. Die Menschenmenge, die dem Schauspiel bewohnte, war ungeheure. Am Abend strahlte der Bosporus von Licht; auch das Lager von Niksar-Skelessi war prächtig illuminiert. Heute (Sonntag) begab sich die Kaiserin mit Gefolge in acht Galawagen zur Messe in die mit den französischen Farben geschmückte armenische Kirche und von dort in das festlich verzierte Gebäude der französischen Botschaft, wo sie das Frühstück einnahm. Pera war reich geschmückt, unter einem Triumphbogen begrüßte der Gemeindevorstand den hohen Gast. Heute Abend großes Galadiner beim Sultan.“

Bukarest, 14. Okt. Die rumänische Regierung hat alle Behörden in den Ortschaften am Donau-Ufer angewiesen, den Kaiser von Österreich auf seiner Durchreise nach Konstantinopel mit allen denselben gebührenden hohen Ehren zu empfangen. Der Minister Cagoliceanu bezieht sich an die Grenze nach Turno-Severin, um den Kaiser zu begrüßen.

Die „Presse“ berichtet von einer Uebelthat, die allgemeine Entzückung hervorruft. Ahnlich den unmenschlichen Torturen, die im vergangenen Jahre der berüchtigte General-Postdirektor Falcajanu an Personen, die des Diebstahls an Poststücken verdächtig waren, ausüben ließ, hat jetzt wieder ein Unterpräfekt, Tafreanu, einen Landmann durch Einziehung hörnerner Keile unter die Nägel und Anlegung von Daunenschrauben gepeinigt, weil er verdächtig war, die Fenster eines Ladens eingeschlagen zu haben, und weil er

eine Schuld an den Pächter von Markuzer nicht zahlen konnte oder wollte. Überdies wurde der Ungläubliche mit Ketten zusammengeschlossen und 5 Tage hindurch in einem finsternen Raum belassen. Gleich nach dem Bekanntwerden dieser abschrecklichen That ist der Unterpräfekt Tafreanu verhaftet und vor Gericht gestellt worden.

Merrill.

Newyork, 19. Okt. (Tel.) Die Mittheilung des „Herald“, daß der Präsident Grant mit einem Agenten des Hauses Rothschild in Betriff einer Anleihe verhandelt habe, wird demontirt. — Die Geistlichen der evangelischen Kirchen in Boston wollen den Pater Hyacinthe feierlich empfangen.

Vom Landtage.

Berlin, 19. Oktober. 6. Sitzung. (Schluß.)

Abg. Gneist (für die Vorlage): Wenn man sich hier auf die Erfahrungen aus der städtischen Verwaltung und auf die Grundzüge der Stadtordnung von 1808 berufen hat, um herauszuführen, gegen die Vorlage zu urtheilen, so wird es sich doch zunächst um die Frage handeln, ob die Erfahrungen auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung überhaupt auf den Kreis zu übertragen sind. Stadtverwaltung wie Kreisverwaltung stehen zwar beide auf denselben wirtschaftlichen und staatlichen Grundlagen und das ist ihr Verhältniß ein völlig verschiedenes. Während in den Kommunen vorzugsweise die wirtschaftliche Seite der Verwaltung in den Vordergrund tritt, erhebt dieselbe in der Kreisverwaltung in der därfstigen Gestalt. Der Kreis hat kein Vermögen; er besitzt nur Schulden, Chausseen und freies Kapital. Um deutlichstes tritt der Unterschied in dem Vergleich der Ausgaben für Verwaltungszwecke in die Augen; eine Übersicht aus dem Jahre 1857 giebt dieselben für die Ortsgemeinden auf 33 Millionen, für die Kreise auf 2,243,000 Thlr. an, eine That, die besser als alle Deduktionen beweist, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Kommunalverwaltung bei uns in den Ortsgemeinden und nicht im Kreise liegt. Der Hauptmangel, der eine gedeihliche Entwicklung unserer Kreisverwaltung bisher unmöglich machte, war die lokale Besplitterung der Gemeindesörper und der damit im Zusammenhang stehende Partikularismus. Dieser Nebelstand hat mehr zu unserm jetzigen Stillstand beigetragen, als alle Mängel der Verwaltung, und jeder, der diese Verhältnisse kennt, muß einsehen, daß mit ihnen unsere neue Freiheits- und Gewerbebefreiung auf die Dauer unvereinbar ist. Um zu einer gedeihlichen Selbstverwaltung zu gelangen, ist es dringend nothwendig, diese kleinen Körper zu größeren Gemeinden zu zentralisieren. Bisher war eine solche Vereinigung unmöglich, denn ihr standen die Existenz der Gutsobrigkeit und der Lehnschulzämter, der Mangel eines gleichmäßigen Steuerfusses für die Ortsgemeindenlasten, sowie eines geeigneten Organs der Einheit als unüberwindliche Hindernisse gegenüber. Diese Hindernisse hebt aber der vorliegende Entwurf vollständig auf; er besiegt die Gutsobrigkeit, er schafft durch eine gesetzliche Union der Lasten eine gemeinsame Grundlage und konstituiert in der gewählten Vertretung der Steuerzahler das beste Organ der Einheit. Auf diesem Wege werden wir praktisch das Problem einer Schöpfung großer Verbände, sogenannter Gesamtgemeinden, viel besser lösen, als wenn wir hier vom grünen Tische oder von der rothen Bank aus die Verkoppelung mehrerer Gemeinden betrachten und ihnen den Titel Gesamtgemeinden zu erkennen, wie man Demanden etwa den Titel „Excellenz“ zuerkennt. Das Organ der 8000 Kreisvertreter wird an der Lösung des Problems mit der Sicherheit einer Maschine arbeiten, während wir mit unsern Dekreten auf den heftigsten Widerstand der Landgemeinden stoßen würden. Welche Opposition würden wir gegen die ganze Kreisordnung dadurch wach rufen, daß wir leicht belastet mit den schwerstbelasteten Ortsgemeinden zusammenfassen; man muß die Bähigkeit des Widerstandes kennen, den der Bauer leistet, wenn er plötzlich das Doppelte an Abgaben zahlt und — was noch schlimmer — sein Nachbar in der nächsten Gemeinde um die Hälfte erleichtert werden soll. Coburg und Gotha sind vielleicht in den Norddeutschen Bund zu bringen als mit einander zu vereinigen. Ein einziges Rezept giebt es freilich, die Aufgabe dennoch zu lösen, das ist — französisches Säbelregiment; ich zweifle aber, daß Sie dessen Anwendung empfehlen möchten. — So wie in den Kommunen die wirtschaftliche, so überwiegt in den Kreisen die polizei-obrigkeitsliche Verwaltung. Beider ist dieselbe bei uns durch die üble Dezentralisation in Ortsobrigkeiten so herabgekommen, daß die Ausübung derselben nicht als eine Ehrenpflicht sondern als eine oblige Last oder höchstens als ein lokales Interesse betrachtet wird. Die Vorlage hat den eben so prättisch als theoretisch richtigen Weg eingeschlagen, auch in diesen Zweig der Verwaltung Ehrenämter einzuführen. Das Landratsbüro würde freilich eben so gut, vielleicht noch akkurate verwalten, wenn die die Regierung zwischen Landrat und Gendarm eine gewisse Zahl kleinerer Beamten mit einem Gehalt von 3 bis 400 Thlr. einfeste — ich versichere Ihnen, der Bedarf zu diesen Stellen würde außerordentlich sein (Heiterkeit) — auf diesem Wege würde aber der persönlichen Einfluss in doppelter und dreifacher Weise die Thür geöffnet werden, und überdies ist es nicht mehr als billig, daß auch die Mitglieder der Landgemeinden denjenigen Theil an öffentlicher verantwortlicher Arbeit übernehmen, den in den Städten jeder Bürger zu tragen hat. Ein wichtiges Bedenken habe ich nur gegen die Bestimmung des Entwurfs, daß ein Landratsbezirk 5 bis 40 Quadratmeilen umfassen soll; ich fürchte, wenn für so ein großes Gebiet nur ein einziger höherer Polizeiverwaltungsbeamter vorhanden ist, daß dann der Gendarm bald eine sehr erhabene Stellung einnehmen wird. Dem Einwurf, daß das Polizeiamt des Amtshauptmanns nicht gesondert, sondern mit der Kommunalverwaltung verbunden werden müsse, kann ich mich nicht anschließen. Polizeidezernate lassen sich nicht durch gewählte Vertreter, sondern nur durch besonders dazu vereidigte Beamte erledigen; der erhobene Vorwurf trifft deshalb nicht das Gesetz, sondern die Sache selbst. — Wie man beim Entwerfen eines Bildes zunächst die Konturen der einzelnen Gestalten mit Kohle zieht, um zu sehen, ob dieselben richtig angelegt und der Tendenz des Bildes entsprechend erscheinen, so hat uns die bisherige Generaldebatte in allgemeinen Zügen die Gestalt des großen und wichtigen Gesetzes klizirt, und ich habe daraus die Überzeugung gewonnen, daß der Entwurf lebensfähig ist, wenn er auch noch bedeutender Korrekturen bedarf. Zu verlangen, daß eine Kreisordnung auf einen Wurf perfekt sein soll, heißt Unmögliches fordern; ein solches Gesetz kann nur beschlossen werden von einer Majorität, die dem Wahlspruch Ulrich von Huttens folgt: Ich hab gewagt! (Beifall rechts.)

Abg. v. Lasker: Der hr. Vorredner stellte an die Spitze seiner Rede, die kommunale und die Polizei-Verwaltung dürfen nicht getrennt werden; im Laufe seiner Rede kam er dann aber zu dem Resultat, daß dies auf dem Lande absolut unmöglich sei und dort die beiden Verwaltungen getrennt werden müssten. Das ist ein Widerspruch, den ich mir nicht erklären kann. Ferner stelle er als einen der größten Vorzüge der Kreisordnung hin, daß sie eine Verwaltung nach den Gesetzen einleite. Soweit dieser Satz richtig ist, gebe ich der Intention der Kreisordnung meine Anerkennung; doch muß ich gestehen, daß der damit gemachte Anfang sehr ungünstig ausgefallen ist, denn ich finde keine Stelle in derselben, wo sich die Polizeiwillkür ihrer Macht über die Gesetze nicht bedient und nicht die unbegrenzte Oberaufsicht des Staates oder die Beamten vorgesehen ist, mit denen der Staat jetzt die zentrale Gewalt theilen will. Das Letzte ist eine häusliche Angelegenheit, für die unsre Begeisterung nicht erwarten werden darf. (Heiterkeit.) Wir vertreten vielmehr das Prinzip des Anfangs-Gneist (Heiterkeit), daß die kommunalen Geschäfte mit den politischen und Staatsgeschäften vereinigt werden müssen. Polizei heißt bei uns in Preußen Alles. Es gibt kein Gebiet, auf welchem nicht der Gendarm niederer oder höherer Ordnung die Begleitung der Verwaltung spielt. (Heiterkeit) Und nun, nachdem unsere ganzen materiellen Lebensverhältnisse so in Polizei aufgelöst sind, da wollen Sie die Polizeifunktionen nicht der Kommune, sondern einem von dem Könige ernannten Beamten übertragen! Geben Sie damit der Verwaltung nicht den ärtesten Todestod? Wenn in fremden Ländern die Ernennung durch Könige erfolgt und die Beamten trocken gut wirken, so kommt das daher, weil dort diese Ernennung eine rein formale geworden ist. Das wird bei uns nicht eintreten. Sog. bei uns die Regierung die Beamten erst ein, so wird sie sie einsetzen, ob Sie sie wollen oder nicht. Beugnis dafür ist das Bestätigungsrecht der Stadträthe, von dem die Regierung in der Konfliktszeit Gebrauch macht. Darin liegt der Unterschied zwischen unsrem und dem Lande, dessen richtige Kenntnis wir zum großen Theil dem Vorredner verdanken. Das Amt der Stadtvorwaltung muß erwachsen aus der Kommune und aus der Präfektur. Der Vorredner meinte, man könne doch dieses von den Staatsfunktionen abzulösende Amt der Polizei nicht auf einen gewählten Vertreter, auf eine Mehrheit über-

tragen. Warum nicht? Haben wir nicht gewählte Bürgermeister und Stadträthe, die sehr gut die Polizei wahrnehmen, da sie ja an allen auftretenden Fragen das höchste Interesse haben? Warum soll da immer der Staat anordnen, indem er einer Anzahl von Personen den Auftrag giebt, die doch auch nichts sind, als der Durchschnitt der Intelligenz. Man hat ferner gefordert, die Beamten müßten unbefoldet sein und deshalb aus Kreisen genommen werden, wo eine Befolzung entbeht werden könnte. Ich bin auch der Meinung, daß die Naturalleistung des Einzelnen im Interesse des Staates gehobt werden muß; ja mir schwebt ein Staat vor, wo der Militärdienst nicht die einzige Naturalleistung ist, sondern wo der Einzelne im Justizdienst, im Armen- und Wege-Dienst beschäftigt wird. (Heiterkeit rechts.) Mit Ihrem Ratzen wollen Sie gewiß andeuten, daß heute die Zeit dazu noch nicht gekommen ist. Ich gebe das zu und halte deshalb das Unbefolzte nicht für das allein thörlige; man muß vielmehr ein Nebengangsstadium schaffen. Wenn man aber, wie der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit blos die Antithese stellt: Wollen Sie lieber einen unbefolzten Amtshauptmann oder einen Distriktskommissar mit 300 Thlr.? Dann hat man die Antwort schon; denn mit Distriktskommissarien werden wir nicht die ganze deutsche Bevölkerung beglücken wollen. Wir wollen keine Kreisordnung machen, in der der Kreis in Sektionen zerstreut wird und mit Polizei anfangt, sondern wünschen die Erfüllung des § 41 des Entwurfs. Wir gehen deshalb nach der Praxis des Lebens auch systematisch vor und fordern die Aufnahme der Grundzüge der Gemeindeordnung in die Kreisordnung. Denn der Sinn des Lebens in den 6 östlichen Provinzen liegt in der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, welche unter diesem Namen und dem von Gutsbezirken dort zerstreut sind und die Leibdörne bilden, die jede Entwicklung eines frischen Gemeindelebens unmöglich machen. Ebenso gibt es kleine Gemeinden, die ihre Funktionen nicht erfüllen können. Wir fordern nun, daß überall da, wo eine einzelne Gemeinde ihre Funktionen nicht erfüllen kann, diese mit einer anderen oder einem angrenzenden Gute zusammengelegt wird. Die kommunalen Interessen müssen aber all der Gemeinde erhalten und nicht in dem Kreise vertreten werden, weil die Gemeinde das demokratische und der Kreis das aristokratische Prinzip ist und letzter nur mit subsidiären Verpflichtungen einzutreten soll. Diese Zusammenlegung fordern wir, wo sie nothwendig ist, sogar mit Zwang (Heiterkeit). Das ist nichts Unnatürliches, im h. Alles können die Güter ihre Verpflichtungen leisten, wenn die Arbeiter in den Armenverband aufgenommen werden (Pfui! rechts), allein können sie die Armenlast so wenig tragen wie die Schullast. Sind die Gemeinden so zusammengelegt, dann werden sie eine gehörige Repräsentation geben und es werden sich selbst unter den Bürgern und Bauern Personen finden zur Übereinnehmung der Funktionen, die ihnen die Kreisordnung zuweisen will. Wir erkennen an, daß der Entwurf manche unserer Forderungen erfüllt; aber Besseres, als der gegenwärtige Zustand ist, gibt es nicht. Wir verhandeln gern mit Ihnen, aber das Wohlteile, was wir fordern, ist, daß wir uns auf dem Standpunkt der heutigen Zeit erhalten. Fordern Sie nicht, daß wir Alles aufspalten; daß wir, indem wir das Prinzip wirtschaftlicher Gleichheit und Berechtigung wollen, die Interessenentheilung auf dem Lande fördern sollen. Wenn Sie fürchten, in dem kleinen Grundbesitz unterzugehen, so wollen wir Sie gerne schützen, wir wollen Sie besonders wählen lassen, damit Sie nicht untergehen. (Heiterkeit.) Ihnen aber eine größere Zahl von Vertretern zu geben — quo jure? — Sie sagen, Sie verlieren viel. Wir summieren uns darum nicht. Mit Staatsrechten können wir Ihnen keinen Erfolg leisten. Können Sie Geldentzettelungen dafür geltend machen, dann ließe sich darüber sprechen. (Große Heiterkeit.) Wir freuen uns, daß die Regierung uns eine Grundlage zur Verarbeitung geboten hat; denn sie zwinge damit die liberale Seite, an dem Entwurf ihre Kraft zu probieren und mit positiven Vorschlägen vor das Land zu treten (Pöhl!) Können wir nicht zu Stande, ist das, was wir und Sie (rechts) wollen, klar formuliert, dann wird das Land entscheiden können, was es haben will. (Sehr richtig.) Der Entwurf trägt die Spuren der Eile an sich, dennoch freue ich mich, daß er Gelegenheit zur Erörterung giebt. Deshalb sind wir aber auch gegen den Antrag des Abg. v. Horverbeck, der den ganzen Entwurf in die Kommission verweisen will. — Wir, die wir im kommunalen Prinzip den demokratischen Grundsatz vertreten, können warten, denn wir haben das Bewußtsein, daß die Zeit für uns arbeitet. Wenn einige von uns die Wohlthaten dieses Grundsatzes schon der Gegenwart zuwenden wollen, dann greifen Sie zu und stellen Sie nicht das auf als das Unverschreitbare, was noch nicht der Anfang dessen ist, was wir annehmen können, wenn wir dem Grundsatz wirklicher Gerechtigkeit Rechnung tragen wollen. Wenn Sie keine andere Konzeption fordern, als daß wir uns auf der Grundlage der heutigen Anschauung befinden, dann werden Sie uns bereit finden, anders aber nicht. (Bravo links.)

Nach der Rede Laskers beschließt das Haus, die Vorberathung bis Mittwoch 11 Uhr zu verlängern. Schluß 3 Uhr.

7. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 20. Oktober. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministerioff: Graf Eulenburg und Regierungs-Kommissar Persius. Der Finanzminister hat eine Nachweisung über die Resultate der anderweitigen Verpachtung der 1869 pachtlos gewordenen Domänen-Borwerfe überbringt.

Die Vorberathung über die Kreisordnung wird fortgesetzt; es stehen noch 15 Redner auf der Liste.

Abg. v. Lasker tritt für die Vorlage mit der Besangenheit eines homo novus ein, der mit der glänzenden Dialektik Gneist's und Lasker's nur mit Rückstift auf die 20 Stunden zu konkurrieren wagt, in den der Eindruck jener Praponderanz zu seinen Gunsten sich abgeschwächt haben wird. Die konervative Partei tritt opferfreudig, wie immer, auch für das neue Werk ein, das weder ein kostbares Kind noch auch ein nicht ernsthaft gemeintes Scheingebilde sein will, nicht mit südlaurier Wiene, sondern mit Mannesmuth. Die Nothwendigkeit der Konzeption, welche die konervative Partei mit der Regierung anerkennt, wird nicht überall in gleicher Stärke empfunden. An manchen Stellen hat man keine Neigung, die alten Lehnschulzen aufzugeben. Daß der Landrat ihn bisher ernannte, war kein Unglück, doch mag immerhin diese Ernennung durch den Landrat der Wahl der Gemeinden weichen. Auch das Institut der gutsherrlichen Polizei mag geopfert werden, ohne daß sie Leichdtorn ist, als den der Abg. Lasker sie bezeichnete. Keinesfalls liegt es im germanischen Wesen, auf den Hand einzugehen, in demselbe Abgeordnete für dies Opfer offerierte. Als Redner in Berlin studirte, erhielten die Studirenden Büchlein: Scholom, nomine Brühl, commendat se venditur vestuta vestimenta, und wenn der Mann kam, so versicherte er, daß er die höchsten Preise zahle. Redner kann sich nicht erinnern, daß er alte Kleider an ihn verkauft

sammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses finde, so meinen wir doch, daß es, für denjenigen Augenblick wenigstens, verfehlt wäre, auch die Gemeindewahlen nach diesem Prinzip zu regeln. Denn die fluktuierende Bevölkerung wird sich nach dem neuen Gewerbegeges noch vermehren und nur die in der Gemeinde lebhaften Personen, die wirklich zu den Gemeindelästen beitragen, dürfen über die Geschichte der Gemeinden entscheiden. In den großen Städten trägt jeder Einzelne durch die Mals- und Schlachsteuer in der That zu den Gemeindelästen bei, hier ist also ein Auschluß von dem Wahlrecht nicht angezeigt. Was die unglückliche Einrichtung eines Staatsauschusses betrifft, so mag ein solcher vielleicht da am Platze sein, wo mehrere Städte zu einem Kreisverbande zusammengezogen werden; für die größeren Städte aber bringt er, neben Magistrat und Stadtverordnete gestellt, eine ganz unnötige Verwirrung der Verwaltung mit sich. Durch eine solche unnötige Häufung der Behörden wird gerade die Selbstregierung erschwert. Dem Abg. Solger danke ich für die treffende Darstellung der Verhältnisse in vielen ländlichen Kreisen, ebenso auch für die Nachweisung des circulus virosus, wenn mittelbar der Landrat die Abgeordneten zum Kreistage ernannt. Der Entwurf schwächt also die Übermacht des Landrats nicht, vielmehr dehnt er sie durch den Kreistage neu ertheilte Funktionen noch aus. Wie aber der Abg. Solger aus diesen Ansichten herauß plötzlich einen salto mortale schieben und sich auf die Höhe der objektiven Anschauung schwingen, um die Annahme des Entwurfs empfehlen kann, das verstehe ich nicht (Zustimmung). Mit den Abg. v. Bräuchisch und v. Wedel wünsche ich gleichfalls die Amtsbezirke in solcher Größe hergestellt zu sehen, daß ich die fünfzig Gemeindeverfassung daran lehnen kann. Ebenso habe ich in Bezug auf die Kosten, die vom Staatsräder auf die Kommunen übergehen werden, es mit Freuden begrüßt, daß Mitglieder der Rechten hervorhoben, daß der Fiskus diese Opfer auch ferner zu tragen hat. Auch ist die Besoldung der Stellvertreter der Amtshaupläute durch den Kreis nicht zu rechtfertigen. Diese Kosten muß der Staat tragen, und wenn der Minister des Innern sie sagen muß, daß jeder Stellvertreter dem Finanzminister größere Ausgaben macht, so wird er etwas vorsichtig werden, und der Finanzminister wird ihm darin nachhelfen. Jetzt betrachtet letzterer diese Verhandlungen kühn bis ans Herz hinan, das wird sich dann ändern (Heiterkeit). Dr. v. Kardorff hat meiner Partei einen der härtesten Vorwürfe gemacht, den er hat, nämlich den der Konsequenz. Es haben sich allerdings Parteien gebildet, die mit einem gewissen Fanatismus die Intonsenzen betreiben, wir können daher diesen Vorwurf dankbar akzeptieren (Heiterkeit). Er wirft uns auch Pessimismus vor. Versteht er darunter das Gefühl, daß wir von der gegenwärtigen Regierung wenig Gedeihliches erwarten, so ist das allerdings richtig. (Zustimmung links.) Er sieht in unserem Antrage eine revolutionäre Umgestaltung. Aber unser Antrag will doch nur das herstellen, was schon durch die Gesetzgebung von 1850 geboten wurde, und wenn Manteuffel und Westphalen Revolutionäre sind, dann können auch wir uns diesen Vorwurf gefallen lassen. — Abg. Aschenbach gehört zu der historischen Schule der Politiker (Heiterkeit), und weist uns nach, daß, da vor 600 Jahren die und die Provinz mit dem Schwerte erobert worden, heute dort eine geheimliche Kreis- und Gemeindeverfassung einzuführen unmöglich wäre. (Heiterkeit) Aber heut haben wir doch wieder Groberte; ich möchte ihn daher an seinen großen Landsmann Stein verweisen, der, wenn er heute lebte, jedenfalls auf dieser Seite des Hauses (links) seinen Platz haben würde. (Heiterkeit, rechts, Zustimmung links.) — Bei dem Abg. Kneifel war ich gerne Zeit über das, worauf er eigentlich hinauswollte, in Zweifel. Ich habe ihm Anfangs mit Respekt zugehört, aber bald zeigte sich, daß Vieles von dem, was er in ungewöhnlichem Gewande vortrug, ins gemeine Deutlich überzeugt nicht neu und später, daß Vieles einfach falsch war. (Heiterkeit.) Er nennt diesen Entwurf grobhartig, weil er einen festen Steuerfuß einführt. Aber einen Steuerfuß, sogar einen nicht zu ungerecht vertheilten, haben wir auch früher gehabt, und einen unbedingt festen kennt auch der Entwurf nicht. Er meint, hier würde jetzt eine Kreisvertretung auf Grundlage der Besteuerung eingeführt; ja, m. H., die frühere Vertretung basierte auch darauf, es kommt nur darauf an, ob die hier konstituierte Vertretung eine verbesserte ist, und in dieser Hinsicht hat schon Dr. Lasker ausgeführt, daß die Kreisvertretung nicht nach Abgabe der Besteuerung erfolgt. Dr. Kneifel zweifelt, ob man die geeigneten Persönlichkeiten zur Übernahme der Amtsstelle finden werde. Sie werden sich finden, wenn man sie aus den Wahl hervorhebt läßt (Schr richtig!). Eine Ernennung von Seiten des Königs aber und die spätere absolute Abhängigkeit von dem Willen des Ministers, das ist allerdings keine Stellung, zu der man sich drängen wird. Wenn Dr. Kneifel schließlich behauptet, daß die Polizeiverwaltung nicht von gewählten Personen geführt werden könne, so verweise ich ihn auf die Thatache, daß sowohl in anderen Ländern, als auch in Preußen Polizeibeamte existieren, die durch Wahl ernannt sind. Was meine Differenzen mit den Herren Miquel und Lasker betrifft, so hoffe ich, daß wir zu einer Übereinstimmung in der Weise gelangen werden, daß sie sich der meinigen anschließen werden. Dr. Miquel hält es für zweckmäßig, daß der Landrat dem Kreistage präsidiere, weil derselbe ja die Executive habe und diese wichtiger sei, als die Legislative. Das ist richtig, aber weil er das Größere hat, braucht ihm doch nicht das Kleinerne hinzugegeben werden, und gewiß entspricht es der Würde des Kreistages mehr, wenn derselbe sich selbst konstituiert und der Landrat nur die Stellung einnimmt, die ihm vermöge der königlichen Ernennung zufolge. Anders wäre das freilich, wenn der Kreis den Landrat wählt. — Dr. Miquel wie Dr. Lasker sind geneigt, den Wahlverband des großen Grundbesitzes beizubehalten, obgleich sie das an und für sich für ein Uebel halten. Und doch hat sich Dr. Lasker sehr energisch gegen das Konzedieren von Staatsrechten ausgesprochen. Diese Trennung der Wahlverbände ist denselben Einwürfen ausgesetzt, wie das Dreiklassen-Wahl-system, das vom Ministertische aus als das denkbare elendeste bezeichnet worden ist. Auch wird die Scheidung in besondere Wahlverbände nach dem Grundsteuerertrag noch eine spezielle üble Folge haben. In den östlichen Provinzen ist bekanntlich der große Grundbesitz mit Schulden überbürdet, und man wird daher durch die beabsichtigte Einrichtung ein künstliches Zusammenhalten der großen Güter schaffen, während das einzige wirtschaftlich richtige Heilmittel für die betreffenden Besitzer darin besteht, daß sie die Hälfte des Gutes verlaufen und die andere ameliorieren (Zustimmung). Der Herr Minister hat diesen Entwurf zunächst nur für die sechs östlichen Provinzen bestimmt, weil er geglaubt hat, er würde sonst noch mehr Opposition finden. Gleichzeitig erklärte er jedoch, die Einführung derselben auch in die übrigen Provinzen werde recht bald nachfolgen, und er ermahnte daher die Vertreter der Kreise, bei der gegenwärtigen Beratung sich das stets gegenwärtig zu halten. Ich kann mich dieser Warnung nur anschließen; ich warne sie, doch ja keinen einzigen Punkt zu übersehen, und dafür zu sorgen, daß die Kreisordnung so gut wie möglich werde. Tua res agitur, pars dum proxima ardet. — Der Herr Minister sagt, die Gemeinden hätten auch jetzt schon ein Bewußtsein ihrer Pflichten; allerdings, aber so, wie es vom Hrn. Landrat beschlossen und vom Hrn. Generalen erfüllt wird. In Bezug auf Polen will der Hrn. Minister warten, bis sich die Bewohner dieser Provinz als warme Preußen erweisen. Wenn man ihnen aber immerfort mit Ausnahmeknageln kommt, die sie erbittern müssen, woher soll dann die Wärme für Preußen kommen? Er sagt, zu Amtshauptleuten könnten nur ganz zuverlässige Personen gebraucht werden. Aber „zuverlässig“ ist ein sehr vieldeutiges Wort und von einem Minister, der sich röhmt, daß es Jahre lang seine Hauptaufgabe gewesen ist, eine Partei niederzuhalten, muß die Absicht angenommen werden, die „zuverlässigen“ Amtshauptleute auch in ähnlicher Sinne, z. B. bei den nächsten Wahlen zu gebrauchen. (Zustimmung links.) Ich resümire mich dahin: so wie der Entwurf vorliegt, ist er für mich unannehmbar. Ich will mich bemühen, ihn sachlich so viel zu verbessern, als möglich. Wenn aber diese Änderungen nicht in gründlicher Weise vorgenommen werden, dann sage ich: Lieber das alte Schlechte als das neue Schlechte, um so mehr, als das alte Schlechte eine längere Lebensdauer hat. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Diest (für die Vorlage): Wem soll das Erbe zufallen, das die Vorlage der Bürokratie abnehmen will? Sicherlich dem, der den meisten Willen hat, öffentliche Pflichten zu übernehmen. Mit einer Kunstfertigkeit, die ich nicht erwartet hatte, sind praktische Fragen zu Parteifragen gemacht, besonders von Hrn. Lasker, der den Frieden, der in letzter Zeit zwischen den Parteien herrschte, nicht durch persönliche Angriffe hätte zerstören sollen. Als nächste Folge seiner Rede haben sich auf der äußersten Linke sofort Annexionsgesüste gezeigt. Und woher hat denn Hrn. Lasker seine Kenntnisse unserer ländlichen Verhältnisse? Mit welchem Recht bestreitet er die Lebens- und Leistungsfähigkeit der Gutsbezirke? Es ist durch Zahlen bewiesen, daß sie die von ihnen geforderten Leistungen vollkommen präsentieren. Die Gutsbezirke genügen auch ihren Verpflichtungen für das Armen- und Schulwesen. Wir bringen dafür große Opfer und, wenn es sein muß, werden wir noch höhere bringen. Will er, wenn er über un-

gleiche, einzelne Gutsbezirke begünstigende Veranlagung der Grundsteuer klagt, der Kommission Pflichtversammlung zum Vorwurf machen, deren Mitglieder durch Handschlag vereidigt sind? (Zustimmung rechts.) Wegen seiner Ausführungen über den niedrigen Ertrag, den die Gebäudesteuer auf den Gutsbezirken abwarf, verweise ich ihn einfach auf die gesetzlichen Bestimmungen, daß bei städtischen Gebäuden der Mietzinsvertrag der Steuertage zu Grunde liegt, bei den Baulichkeiten auf Gütern aber ein bestimmtes Maximum nicht überschritten werden soll. Redner weicht in einigen Punkten von der Vorlage ab und macht von deren Modifikation seine Zustimmung abhängig, er geht dann ausführlich auf die einzelnen Bestimmungen, auf denjenigen Vermögensorganismus, auf die Zusammensetzung der Regierungskollegien ein. Er verlangt unter Anderem von der Regierung einen großen Neorganisationsplan und zweitens, daß die hierzu nötigen sehr langwierigen Vorarbeiten schon beendet seien. Ein wenig habe ihn in dieser Beziehung der Minister des Innern gestern beruhigt. Redner will die Wahlen der Kreisbeamten, der Landräthe und Amtshaupläute aufrecht erhalten wissen.

Abg. Dr. Becker (gegen die Vorlage): Die vorliegende Kreisordnung soll in mehr oder weniger veränderter Form auch auf die westlichen und neuen Provinzen ausgedehnt werden. Schon gestern ist die Unmöglichkeit, dieselbe auf Westfalen anwendbar zu machen, dargethan worden. Über das genügt nicht; wir müssen einfach sagen: wir nehmen diese Dinge dort nicht an; damit geben wir der Stimming der dortigen Bevölkerung den richtigen Ausdruck. Westfalen fordert seit langen Jahren eine neue Gemeindeordnung, hauptsächlich, weil die alte die Trennung des Gutes von der Gemeinde und den Ehrenamtlichen enthält, d. h. den leibhaftigen Amtshaupläuten der Vorlage. Beide Dinge haben sich aber in Westfalen nicht machen lassen. Hrn. v. Diest will ich auf seine Entgegnung gegen die Behauptung des Abgeordneten Laster, daß der kleine Grundbesitz mehr Grund- und Gebäudesteuer zahle, als der große, nur die eine Zahl entgegenhalten, daß mein Wahlkreis so viel Einkommensteuer zahlt als der ganze Regierungsbezirk Gumbinnen. Wenn uns Allen also die Kreisordnung bevorsteht, so können wir Westfalen zu derselben nur Ja sagen, wenn die Scheidung des Gutes von der Gemeinde und der Amtshaupläuten bestätigt werden. (Schluß folgt.)

Kronprinzen zu dessen Geburtstage, sowie auf den freien Superintendenten Koegel erhöhten die Tafelreduz.

a. Kosten, 19. Okt. Aus der hiesigen höheren Knabenlehranstalt, welche aus Sexta, Quinta und Quarta besteht, sind in der vorigen Woche 3 Quartaner in Posen im Mariengymnasium für die Tertia geprüft und in dieselbe als reif aufgenommen worden, ein Quartaner ließ sich als solcher prüfen und trat in die Quarta wieder ein. Die früher in Zeitungen veröffentlichten Befürchtungen, daß aus dieser Anstalt nicht viel werden wird, sind demnach nicht in Erfüllung gegangen, die Anstalt im Gegenteil kommt ihrem Ziele vollständig nach und es wird deshalb vielfach gewünscht, daß sie eine Tertia bekäme. Die Mittel hierzu sind aber in einer jüngst abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung schon zum dritten Male verfügt worden, weil die Stadtkasse nicht noch höher belastet werden könnte. In Folge dessen ist eine mit etwa 50 Unterschriften verehrte Petition an den Magistrat gerichtet worden, in welcher derselbe ersucht wird, bei der kgl. Regierung über die Stadtverordnetenbehörde zu führen. Solche Vorommisssen sind allerdings höchst bedauerlich, denn sie beweisen, wie wenig Zeug zur Selbstverwaltung noch in unseren Gemeinden vorhanden ist. Sie wissen nicht selbst mit einander fertig zu werden, sondern laufen bei jedem kleinen Anklage zur Mama Regierung. — Am 17. d. M. fand im Gaßierowskischen Saale die statutenmäßig festgelegte vierjährige Generalversammlung des hiesigen Vorläufervereines, Bebauungsordnungsliegung und Beschaffung über Exkludierung einiger Mitglieder statt. Es erzielten zu der Versammlung wegen des Regenwetters im Ganzen nur ca. 30 Mitglieder. Der Verein ist im steten Wachsthum begriffen, gegenwärtig zählt derselbe schon 167 Mitglieder, der Mehrzahl dem Handwerkerstande angehörig, er hat sich also im Laufe des vergangenen Quartals um 12 Mitglieder vergrößert. Dem vom Rendanten gelegten Rechnungsausschluß entnehmen wir Folgendes: Der Verein hat seit Neujahr einen Umsatz von 20,023 Thlr. gehabt; ausgeliefert wurden 17,026 Thlr., 12,029 Thlr. 9 Sgr. sind zurückgezahlt, folglich stehen noch 4996 Thlr. 21 Sgr. aus. Dieselben haben an Zinsen ergeben 300 Thlr. 19 Sgr. inl. 55 Thlr. im Voraus vereinbahrte Zinsen, also eigentliche Zinsen 245 Thlr. Die Betriebsmittel des Vereins bestehen aus einem Reservefonds von 69 Thlr., dem Guthaben der Mitglieder von 1481 Thlr. und 3316 Thlr. Vereinschulden, also in Summa 4867 Thlr. Die Gläubiger erhalten an Zinsen 108 Thlr. 8 Thlr. sind im Voraus berüchtigt, so daß von der Brutto-Ginnahme von 245 Thlr. 144 Thlr. abgehen und ein Steingewinn von 100 Thlr. 12 Sgr. verbleibt, der bis jetzt für 963 dividendenberechtigte Thaler schon eine Dividende von 10% ergibt. Dieses Resultat ist um so überraschender, weil hierorts noch ein Vorläuferverein besteht, dessen Mitglieder ausschließlich Polen sind, der mit 4 Neben-Rendanturen im Kreise fast doppelt so viel Geschäfte macht. Noch ist zu bemerken, daß Darlehen in der Höhe von 3½ Thlr. bis zu 400 Thlr. verliehen worden sind. Zum Schluß wurden 4 Mitglieder als rückständige Zahler nach § 50 des Statuts vom Vereine ausgeschlossen.

Neustadt b. P., 19. Okt. Wie bereits berichtet, sollte die hiesige Bürgermeisterwahl schon zum 1. d. Mts. stattfinden. Die Stadtverordneten haben jedoch in ihrer am 16. d. Mts. stattgehabten Sitzung beschlossen, die k. Regierung um Verlängerung der Frist anzugehen, um inzwischen Erkundigungen über die sich gemeldeten Kandidaten — 27 Meldungen sind eingegangen — einziehen zu können. Die Wähler der Stadt wollen mit aller Vorliebe zu Werke gehen. — Die Kartoffelernte liefert ein sehr erfreuliches Resultat, und sind die Knollen groß und gesund. Die Wintersaat bietet, begünstigt von der schönen Witterung, einen höchst erfreulichen Anblick, und durch das liebliche Grün glaubt man sich ins Frühjahr verfehlt. — Im Hopfenhandel ist es ruhig, nur Primawaare, von welcher jedoch nur noch ein kleiner Bestand vorhanden, bleibt gefücht. — Im Wollgeschäft entwickelt sich gegenwärtig mehr Leben. Gestern wurden hier mehrere 100 Zentner nach Berlin verladen; dagegen war das Geschäft in Kammerwohl in diesem Jahre von keiner großen Bedeutung. — In unserer Nachbarstadt Neutomysl ist eine seit einer langen Reihe von Jahren bestehende Handlung in Firma C. J. Dampmann dem Konkurs verfallen, was große Sensation erregt hat.

Natwich, 19. Okt. Der steckbrieflich verfolgte berüchtigte Dieb Gottlieb Marek wurde heute Nacht hier in Natwich, während derselbe einen Diebstahl an Feldfrüchten auszüben versuchte, von dem Sattlermeister Schwarz ergriffen und von der Polizeibehörde per Transport an das kgl. Kreisgericht zu Wollstein befördert. — In dem eine halbe Meile von hier entfernt liegenden Dorfe Neu-Lęka brach heute früh bei dem dortigen Wirths Drawicki Feuer aus, welches dessen mit Gerüde gefüllte Scheune und einen Holztall total einscherte. Das Gerüde war nicht verfehlt und hat leider 12 Drawicki beim Rettungsversuche derselben sehr lebensgefährliche Brandwunden davon getragen. Das Feuer soll, wie der Verunglückte selbst angibt, durch eigene Fahrlässigkeit entstanden sein, indem derselbe bei Laternenbeleuchtung in der qu. Scheune Hecksel geschritten und während er mit Zurücklassung der Laternen auf der Tenne zur Fütterung einer Ziege sich eine kurze Weile davon entfernt hatte, das Feuer um sich griff. Bei Löschung und Räumung der Brandstätte fanden die Spritzen aus Natwich, Tarnow und Goscicin thätig.

+ Raschlow, 19. Okt. Gestern Morgen zwischen 6 und 7 Uhr lockte ein heller Feuerschein einen großen Theil unserer Einwohner nach dem 1½ Meile entfernten Skradow. Es brannte dafelbst ein herrschaftliches Domänenhaus, zur Grafschaft Raschlow gehörig, in welchem vier Arbeitersfamilien ihren Wohnsitz gehabt. Nur der schleunigen und kräftigen Hilfe, wobei 2 Spritzen thätig gewesen, gelang es, die Nachbarhäuser bei dem starken Winde dem vergebenden Elemente zu entreißen und den unteren Theil des brennenden Gebäudes zu erhalten. Der Brand wurde durch die 7 Jahr alte Agnes Karachinska, Tochter eines in dem verbrannten Hause wohnenden Tagelöhners, angefacht, welche mit einem brennenden Stück Kien der in einer Kammer befindlichen kleinen Quantität Rohfachs zu nahe gekommen war und denselben angefacht hatte. Bei Löschung und Räumung der Brandstätte fand eine mutterhafte Ordnung statt und zeigte sich die hiesige Feuerwehr als wohlgelüft und zweckmäßig eingerichtet. — Am 10. d. hat sich in unserer Stadt ein toller Hund gezeigt, der einen andern Hund gebissen, doch ist es gelungen, beide Hunde zu erschießen. — In dem letzten Kreisblatte fordert das F. Bezirkskommando des 2. Bataillons (Ostrowo) 4. Posenischen Landwehr-Regiments Nr. 59 diejenigen pensionsberechtigten Invaliden des diesseitigen Bezirks auf, welche bereits beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste resp. einer Invaliden-Kompanie verfüllt oder erblindet waren, und zwar durch den kgl. Dienst. Dienst und ohne eigenes Verschulden, sei es im Kriege oder im Frieden, und welche sich noch nicht im Genusse des im § 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1867 festgelegten Verstümmelungs- resp. Erblindungszulage befinden, sich binnen 14 Tagen unter Vorlegung aller in ihren Händen befindlichen Militärpapiere behufs ärztlicher Untersuchung bei dem I. Bezirks-Kommando in Ostrowo mündlich zu melden und sind die Gendarmen des Kreises vom Hrn. Kreislandrat angewiesen, sich der Ermittelung von solchen Invaliden zu unterziehen und dieselben zur Anmeldung ihres Anspruchs aufzufordern. — Unsere Stadt gewinnt ein immer freundlicheres Aussehen und haben dazu die in diesem Jahre neu errichteten Gebäude, als auch die neue Pflasterung der frequentesten Straßen beigetragen. Das Dominium Raschlow, welches die Pflasterung auszuführen hat, dürfte indeß durch das allzu langsame Fortschreiten der Arbeiter nicht zu lange die Passage hemmen, die bei Wochenmärkten besonders fühlbar und bei dem Mangel von Straßlaternen, deren Aufstellung wohl zeitgemäß sein möchte, an finstern Abenden das Passiren der Straßen lebensgefährlich macht.

□ Inowraclaw, 17. Okt. Die hiesige Polizeiverwaltung bringt mit Bezugnahme auf eine Amtsblattsverordnung der k. Regierung in Bromberg vom 19. Sept. 1838 die Feier der Sonn- und Festtage betreffend, in Erinnerung, daß an Sonn- und Feiertagen während der Stunden des Gottesdienstes von 9—12 Uhr Vormittags und von 2—4 Uhr Nachmittags aller bürgerliche Verkehr ruhen soll und während dieser Zeit die Läden und Geschäftsräume geschlossen bleiben müssen. — In einigen Orten unseres Kreises ist kürzlich die Maul- und Klauenfeude unter dem Rindvieh ausgebrochen und es werden laut einer Verfügung des hiesigen Landratsamtes die Vorstände jener Dörfer angewiesen, den Verlauf der Seuche den Distrikts-Kommissarien von 4 zu 4 Wochen anzuzeigen. In Kujnierz-Borwerk ist der Milzbrand unter dem Rindvieh und in Wilkow und Mlyn Dorf die Tollwut unter den Hunden ausgebrochen. Da vielen Dörfern des Kreises, in denen die Viehseuche ausgebrochen, ist diese vollständig erlochen und es wird nach Bekanntmachung des hiesigen Landratsamtes das seiner Zeit aus Anlaß der in Nischewken, Kreis Thorn, ausgebrochenen Rinderpest von der k. Regierung in Bromberg erlassene Verbot, den Handel mit Rindvieh, Schafen und Schweinen innerhalb eines 3maligen Bezirks von Nischewken einzustellen, voraussichtlich nächst Woche aufgehoben werden. Der Handel mit Schweinen ist vom 21. Okt. d. J. ab freigegeben. — Hr. Michael Levy, in dessen Hause am 14. d. Mts. die Schmuckfachen gestohlen worden, sichert für den Nachwuchs des Verbleibs der gestohlenen Gegenstände eine Belohnung von 10 Thlr. zu. — Auf einigen Gütern hiesiger Gegend sind in der letzten Zeit Einbrüche aufgetreten. Fortsetzung in der Beilage.)

brüche verübt worden. In Plawinek ist in der Nacht vom 14. zum 15., in Balzowo in der Nacht vom 16. zum 17. d. Mts. eingebrochen worden. In P. trugen die Eingebrochenen ein Geldspind und eine Planine aus dem Hause, beides zertrümmerten sie draußen. In P. drangen Diebe in eine unweit der Schlafstube der Gutsbesitztum belegene Stube, erbrachen hier mehrere Spindeln, schafften ein kleines Wäschespind, in dem sie Geld vermutet haben mögen, durchs Fenster ins Freie, erbrachen dieses und gingen dann, ohne etwas genommen zu haben, davon. Auch in Wierzchorlawic und in Gniewkowo sollen Einbrüche vorgekommen sein, in Dalkowo wurde eine Bande verjagt, die es wahrscheinlich auf einen Einbruch abgesehen hatte. Man vermutet, daß die Einbrüche von einer 6-8 Köpfe starken Diebesbande ausgeführt worden, die in dem Rohr und Schiff der naheliegenden Brücke ihr gewöhnlich Domizil aufgesucht hat. Der Ostrower Bruch wird von den Gensd'armen stark rekosniziert.

Vereine und Vorträge.

Im Handwerkerverein hielt am Montage Dr. Delschläger einen Vortrag über die berliner Ereignisse des Jahres 1848. Der Vortragende hatte während der Zeit von 1846-49 in Berlin gelebt, und konnte demnach aus eigener Anschauung Mittheilungen mancherlei Art über die Ereignisse jenes denkwürdigen Jahres machen. Erläutert wurde der Vortrag durch Abbildungen, Andachten und Drucksachen aus jener Zeit; es wurden 3 große Barrakadenbilder im Londernd umhergereicht, darstellend die Kämpfe an den Barrakaden auf dem kleinen Fischmarkt vor dem d'Heureseischen Hause, am Alexanderplatz (Ecke der neuen Königstr.) und an der Ecke der Kronen- und Friedrichstr.; auch wurde vorgezeigt eine schwarze Armbinde mit der Aufschrift "Schußbeamter", wie sie viele Bürger und Studenten, welche an den Tagen vor dem 18. März durch gütliches Zureden die wild erregten Massen zu zerstreuen suchten, trugen; außerdem eine kleine gußeiserne Axt, welche der Vortragende im Besitz des verstorbenen Vorsitz und seines Sohnes zwischen den Ruinen der vom Volke niedergebrannten fgl. Eisenfertigerei vor dem Oranienburger Thore gefunden hatte. Vorgelesen wurden mehrere Stellen aus der "Nationalzeitung", welche in ihrem Morgenblatte vom 18. März 1849 die wichtigsten Proklamationen, Adressen u. s. w. aus der Zeit vom 15.-30. März enthält; ferner aus der "Darstellung der bewegungen i. S. 1848" von Adolph Wolff die Stelle über den mutigen Schlosslehrling Zinna; außerdem ein Brief, welchen der Vortragende unter dem frischen Eindruck des furchtbaren Straßenkampfes am frühen Morgen des 19. März an seine Angehörigen in Danzig geschrieben hatte; auch trug derselbe das Freiligrathische Gedicht, Robert Blums Ermordung vor. War dies Alles geeignet, an den furchtbar blutigen Ernst jener Zeit zu erinnern, so fehlte dem Vortrag doch auch nicht die heitere Seite, indem zahlreiche Stellen aus dem "Kladderadatsch des Jahres 1848", dessen erste Nummer am 7. Mai erschien, vorgelesen wurden. Besonders erzeugten große Heiterkeit: der Briefwechsel zwischen dem "Fize gefreuten Wilem Tippel von der zweiten Garde bei de 9. Kompagnie, wenn er noch lebt", damals zu Flensburg im Lazareth und seinem Schag, dem "Fräulein Niele Patzen Wohl Geboren in der breite Straße 20 in Berlin"; ebenso die beiden Briefe eines Schlesischen Deportirten zu der Nationalversammlung, der eine bedeutende Erbsparniß von seinem "Bukslohn" seiner Gottheit liege in der Siegnitzer Gegend überendet. Der Vortragende erwähnte seiner eigenen Erlebnisse im bewaffneten Studentenkörps, der Wachen in der Artillerieferne am Kupfergraben, im Schweizerjaale des 1. Schlosses und im Palais des Prinzen von Preußen (damals "Nationalagentenbium") u. s. w. Was den eigentlich politischen Theil des Vortrages betrifft, so schilderte der Vortragende zunächst die politischen Zustände Preußens vor dem Jahre 1848, sodann den mächtigen Einfluß der französischen Revolution des Jahres 1848 auf die Verhältnisse in Deutschland, ging dann zu den Kämpfen in Wien und Berlin über, stellte die Wirksamkeit der Nationalversammlung, welche in Berlin vom 22. Mai bis zum 15. November 1848, bis zum Tage des Steuerverweigerungsbeschlusses tagte, dar und bezeichnete als die Hauptversammlungen des Jahres 1848: die mächtige Erbung des politischen und nationalen Bewußtseins im deutschen Volke, sowie die Gewährung der meisten politischen Rechte, welche wir gegenwärtig besitzen.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 20. Okt. Infolge eines Auftrages von Seiten des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten hatte sich der Landstallmeister Graf v. Lendorff nach England und Frankreich begeben, um dasselbst für die königl. Gestütverwaltung Pferde anzukaufen. Er hat jetzt seine Mission beendigt und 17 Pferde von ganz vorzüglicher Qualität angekauft, welche den verschiedenen Gestüten überwiesen werden sollen. — Bekannt ist, daß das hessische Landgestüt von Kassel, wo es sehr ungünstig sitzt, nach Dillenburg im ehemaligen Herzogthum Nassau verlegt werden soll. Es soll dort mit diesem Institute auch ein Hohenlaufzuchtdespot in Verbindung gebracht werden. Die für das Institut in Dillenburg bestimmten Baulichkeiten, welche bis jetzt von der Steuer-rep. von den Domänen- und Forstverwaltung benutzt wurden, sind nun vor einigen Tagen an die Gestütverwaltung übergegangen, wobei der Geh. Regierungsrath Dannemann als Beauftragter des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zugegen war. Mit den nötigen Neubauten wird so schleunig vorgegangen werden, daß wahrscheinlich nach Beendigung der nächsten Decade das hessische Haup tidepot dorthin übergeführt werden kann. — Die Ausgaben der Regierung für Werbung und Transport von Forstprodukten haben im Jahre 1868 die Anfänge des Staatshaushaltsetats um 277,563 Thlr. überschritten, wogegen die hauptsächliche Veranlassung zum Theil in den allgemein gestiegenen Arbeitsbedarfen, zum Theil in dem stärkeren Holzeinschlag in Ostpreußen lag, welcher zur Beschaffung von Arbeitsverdienst notwendig war. Auch bei den vermehrten Ausgaben der Forstverwaltung hat sich eine Erhöhung gegen die Etatspositionen herausgestellt, und zwar um 177,383 Thlr. Diese ist bis auf die Summe von ca. 1000 Thlr. durch die ausgedehnten Maßregeln zur Vertilgung schädlicher Forststellen herbeigeführt worden. Die Insekten hatten sich, begünstigt durch die warme Witterung, in den Staatsforsten, namentlich in einem Theile von Westpreußen, in den Provinzen Posen und Schlesien, ganz besonders aber in dem Regierungsbezirk Stettin und in der Mark Brandenburg, in einer solchen Menge und Ausdehnung verbreitet, daß für die Erhaltung der von denselben befallenen Holzbestände wesentliche Gefahr entstand.

** Die Gründung des Suezkanals. Der Handelsminister hat die preußischen Handelskammern darauf aufmerksam gemacht, daß beim Schluß der letzten Pariser Ausstellung gegründete "Association internationale pour le développement du commerce etc." den Wunsch ausgesprochen hat, auf dem zum 1. November d. J. ausgeschriebenen Handelskongress in Kairo den Norddeutschen Bund außer durch einen Regierungskommissar auch durch zahlreiche Delegirte des norddeutschen Handelsstandes vertreten zu sehen. Es soll sich dieser Kongress befähigen mit der Auffindung der geeigneten Mittel und Wege beschäftigen, um die nunmehr endete Kanalisierung der Landenge von Suez zu einem für alle Nationen gleichzeitig je nach ihren verschiedenen Standpunkten möglichst empfehligen Werk zu gestalten. Der Handelsminister hat nun die Beteiligung des norddeutschen Handelsstandes an dem Kongresse den Handelskammern empfohlen, allein sofort darauf aufmerksam gemacht, daß eine Beihilfe aus Staatsmitteln nicht in Aussicht zu nehmen sei, nachdem bereits ein Staatskommissar, Regierungsrath von Keudell ernannt und abgesandt worden.

Ludwigshafen, 20. Okt. (Tel.) In der heute stattgehabten Generalversammlung sämtlicher vier pfälzischer Eisenbahngesellschaften wurden die von den betreffenden Verwaltungsräthen gestellten Anträge bezüglich der Fusion sämtlicher Bahnen mit der Ludwigsbahn mit 642 gegen 22 Stimmen, bezüglich der Fusion der anderen Bahnen mit Einstimmigkeit genehmigt.

Bermischt.

* Paris. Dem "Droit" zufolge ist bei dem Parquet des Seinegerichtshofes bis zum 13. d. noch keine Depesche über das angebliche Auftinden der Leiche des älteren Kink eingelaufen. Von dem Mörder der Familie Kink ist noch ein anderer Mord bekannt geworden. Zu Anfang Juli hatte man in einem Kanal in der Nähe von Dünkirchen die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der neuerdings als ein Herr Duburquois, Reisender eines Fabrikanten, rekosniziert worden ist. Derfelbe hatte ziemlich ansehnliche Sachen mit sich geführt, von denen bei dem Todten nichts zu finden war. Er wird also das Opfer eines Raubmordes gewesen sein. Nun hat sich aber unter den bei Traupmann in Besitz genommenen Sachen eine Reisekasse gefunden, welche Duburquois gehörte und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Traupmann sein Mörder ist. — Traupmann hat von Magas aus an seinen Bruder, der bekannt-

lich Mechaniker in der Marine-Arbeiter-Kompanie von Cherbourg ist, folgendes Schreiben gerichtet: "Theurer Bruder! Weise diese wenigen Zeilen, welche ich Dir in diesem Briefe schreibe, nicht zurück. Ich habe nicht den Mut, an unsre armen Eltern zu schreiben. Versuche, sie so viel zu trösten, als es in Deiner Macht steht; sage ihnen, daß sie mich nicht so schuldig halten müssen, als die Journale sagen; Du kannst ihnen sagen, daß ich kein Mörder bin, wie sie vielleicht in diesem Augenblick glauben, obgleich ich als solcher angeklagt bin. Wenn Du nicht Soldat wärst, so könntest Du wenigstens das Glend erleichtern, welches unsre Familie niederrückt, oder irgend eine Erfindung machen, welche ein wenig Geld einbringen würde, damit sie sich nach Amerika begeben können; denn in Frankreich werden sie keine Ruhe mehr haben. Dort drüber wird sie wenigstens die Schande nicht versuchen. Tue Dein Möglichstes, um ihr Leben zu erleichtern; ich werde nur über ihr Schicksal weinen können. Wenn irgend etwas in unserer Familie vorkommt, so habe die Güte, mir es zu schreiben; ich will keine Nachrichten von ihr verlangen, denn ich denke mir, in welcher Lage sie sind. Wenn ich traurig bin, so ist es ihretwegen, das Unglück hat mich erfaßt, und ich unterwerfe mich. Umarme die Eltern von mir, obgleich sie mich dieser Gunst vielleicht für unwürdig halten. Dein unglücklicher Bruder J. B. Traupmann." Der Bruder sandte diesen Brief an seine Schwester Franziska, indem er folgende Worte hinzufügte: "Ich habe ihm sofort geantwortet, indem ich ihn beschwore, seine Mitleidigen zu nennen. Ich werde Euch seine Antwort senden, sobald ich sie erhalten. Ich bleibe fürs Leben Euer ergebener Sohn. E. Traupmann. Erträgt besonders unsre arme Mutter." — Die Untersuchung gegen Traupmann hat bis jetzt nichts Neues zu Tage gefördert. Dr. Douat d'Arcy ist übrigens krank; der Umstand, daß er nichts herausgebracht, ist die Ursache seiner Krankheit.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Gewinn-Liste der 4. Kl. 140. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Für die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigefügt.)

Bei der am 20. Okt. vorliegendenziehung sind folgende Nr. gegeben:

71 (2000) 99	105 18 36	260 319 69	436 43 77	515 (100) 93
613 36 47 74	724 40 42	834 38 43	62 63	930 42 48 68 87 88
(100) 1018 25	76 98	108 242	317 (100) 62	(100) 63 426 49 565
603 14 43 92	45	2034 72	101 16	230 43 475 506 53 (200) 678
748 78	828 (100)	82 84	956 (100) 72	500) 3061 131 62 80 89
211 23 (500) 92	336	404 41	61 63	525 77 618 77 (200) 96 857
71 921 25 33	35 69	4005 (100)	88 50	114 71 89 98 229 53 73
362 88 96	484	551 84 (1000)	664	706 813 21 93 900 77 82 91
5044 49 91	189	239 (200)	77 98	389 (100) 502 (500) 22 60 624
55 79	707 17 46	(200) 35	904 (100) 30	(500) 34 42 6002 75 (100)
149 84 88	282	308 (100)	10 49 99	457 65 83 539 610 16 51 82
86 787 (1000)	814 48 53	83 999	7016 98	103 29 55 64 (100) 70
76 93 99	257 77	99 322	81 47	508 34 58 666 723 25 52 70
817 57	919.	3000 23 42	(100) 212	372 426 (100) 31 539 (1000)
63 97	669 78	804 82	903 9 (100)	9037 87 (100) 94 116 56 91
211 87 (100)	358 (10,000)	76 (500)	401 8 37	500 (100) 1 3 28 732
46 85	865 (100)	918.		

10,068 155 (100) 221 55 71 317 56 (100) 82 558 66 630 84

(100) 710 (200) 59 983 (1000) 48 53 (200) 11,013 39 95 124 36

62 (1000) 86 (100) 98 227 49 317 24 51 81 463 518 52 72 74

643 728 831 92 914. 12,059 (1000) 172 (100) 83 87 (200) 208

29 38 77 308 440 98 507 30 61 (100) 612 49 89 718 871 990.

13,122 35 37 203 20 (100) 61 311 62 88 99 (200) 422 (200) 537

618 35 69 710 68 91 97 (100) 826 923 40 (1000) 77. 14,003 50 64

70 137 41 70 95 205 (100) 14 48 84 338 68 (200) 443 60 569 71

82 609 28 51 54 732 805 52. 15,033 62 209 83 382 (200) 427

35 83 93 (200) 547 54 90 696 735 40 802 (100) 70 79 948. 16,063

147 53 65 80 234 41 (100) 57 313 26 (100) 59 476 572 684 887

906 9. 17,073 (200) 83 119 65 211 20 343 (1000) 431 625 84

725 807 11 19 30 (100) 53 986. 18,039 43 161 78 211 57 66 471

76 550 93 610 26 (500) 57 72 707 20 23 77 875. 19,068 88 133

53 95 (100) 232 311 24 400 19 38 47 88 84 524 82 617 709 22

828 (500) 29 47 48 901 19 82 (100).

20,056 114 24 200 93 354 414 507 634 (100) 35 72 92 787

18 (100) 808 902 (100) 36 72. 21,013 165 265 323 (200) 496

675 760 80 854 962 79. 22,034 100 (1000) 57 234 49 (500) 85

313 37 (200) 47 75 80 82 96 427 32 52 53 575 637 87 73 48

825 48 82 (100) 977. 23,037 51 151 78 225 94 351 433 65 (1000)

500 25 42 62 605 68 704 833 78 (500) 994 (500). 24,057 79 104

59 94 209 89 (100) 331 (100) 461 81 518 682 722 844 975 94

25,007 123 25 29 57 (500) 251 53 90 368 488 575 94 775 82

940. 26,028 53 155 58 230 34 327 64 76 88 430 33 512 20 39

645 702 (100) 919 80. 27,006 11 92 145 77 84 281 423 518

673 76 719 35 60 71 98 901 7. 28,007 96 120 (100) 54 288 92

305 (100) 511 81 603 67 720 29 76 (100) 87 (100) 99 801 930

<p

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Provinzial-Steuerdirektors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt im Gaste des Herrn Dr. Sachs zu Neustadt a. W. am 29. November c. von 9 Uhr Vor- bis 12 Uhr Mittags die im Neustadt a. W. belegenen fiskalischen Grundstücke, bestehend in

- a) einem Speicher I. nebst Hofraum, von circa — Morgen 39 □ Thlr.
- b) einem Speicher II. nebst Hofraum, von circa — 29 .
- c) einer Landparzelle B. von 78 .
- d) einer C. von 1 . . . 119 .
- e) einer D. von 111 .

mit Vorbehalt des höheren Bauschlags an den Meistbietenden zum Verkauf stellen.

Die Speicher I. und II., sowie die Parzellen B. und C. werden zuerst einzeln, d. h. jeder Speicher nebst dem dazu gehörenden Hofraum und jede Parzelle für sich besonders und demnächst auch zusammen zum Ausgebot gestellt werden. Die Parzelle D. dogegen wird lediglich für sich allein ausgetragen werden.

Nur dispositionsfähige Personen werden zum Bieten zugelassen werden, welche vorher

ihre Gebote und zwar:

- | | |
|--------------------------------------|-----------|
| a) für den Speicher I. mit | 50 Thlr. |
| b) II. | 50 . |
| c) die Parzelle B. | 15 . |
| d) C. | 15 . |
| e) für a, b, c und d mit zusammen. | 130 Thlr. |

haar oder in Staatspapieren sicher stellen. Für die besonders zur Lizitation zu stellende Parzelle D. ist eine Bietungsklausur von 5 Thlr. zu erlegen.

Die näheren Verkaufsbedingungen können bei uns von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.

Auch sind wir erbötig, gegen Erstattung der Kopialien eine Abschrift der Lage und der Bedingungen zu verabholgen.

Poznan, den 16. Oktober 1869.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Die hebstelle Cielmice auf der Kozmin-Borek-Provinzial-Chaussee soll vom 1. Januar 1870 auf ein Jahr, auf drei Jahre meistbietend verpachtet werden. Im Auftrage der Königlichen Regierung habe ich zu diesem Zweck einen Termin auf

Dienstag den 9. Nov. c., früh 10 Uhr,

im Landratsamt anberaumt, wozu Pachtflüsse eingeladen werden. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher eine Kavution von 100 Thalern haart oder in annehmbaren Papieren legen, können zum Bieten zugelassen werden. Die Lizitions- und Kontraktsbedingungen können während der Büroaufstunden im Landratsamt eingesehen werden.

Das Chausseegeld wird bei Cielmice für 1 Meile entrichtet.

Krotoschin, den 15. Oktober 1869.

Königlicher Landrat.

Bekanntmachung.

Die Überlassung des alten Bettwinkels aus circa 8000 Lagerstücken und die Anfuhr des frischen Strohes pro 1870 – 1872 soll im Wege der öffentlichen Lizitation

Montag den 25. Okt. c.,

Vormittags 10 Uhr,

verdungen werden, wozu geeignete Unternehmer mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Bedingungen in unserm Geschäftslokal

Wallstraße Nr. 1 – zur Einsicht auslegen.

Posen, den 21. Oktober 1869.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Proklama.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der den minorenen Geschwistern Palacz gehörigen Grundstücke Görczyn Nr. 13A., 50 u. 109, von denen das Erste auf 7116 Thlr. 14 Sgr. 2 Psgr. das zweite auf 4218 Thlr. 5 Sgr. und das dritte auf 1681 Thlr. 16 Sgr. 8 Psgr. abgeschätzt ist, haben wir einen Termin

auf den 30. November c.,

Nachmittags 2 Uhr, an Ort und Stelle in Görczyn vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Strauch anberaumt, der welchen wir Käufer einladen.

Lage und Verkaufsbedingungen können in unserer Registratur, Bureau IIIc. eingesehen werden.

Posen, den 1. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Unterhaltung der Steinschlaghammern für die Provinzial-Chausseen des Schrimmer Baubezirks soll im Wege der Minuslization nach den einzelnen Aufsichts-Districten vergeben werden, und habe ich dazu auf

Dienstag den 26. d. M.,

Vormittags 8 Uhr,

einen Termin im Rathause zu Schrimm anberaumt, wozu Bietungslüsse mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden.

Posen, den 20. Oktober 1869.

Der Wasser-Bauinspektor

Schuster.

Ein massives Haus

mit einem Stockwerk, in der Kreisstadt Schrada an der Peiferstraße belegen, ist sammt Ställen und Garten unter guten Bedingungen zu verkaufen.

Das qu. Haus eignet sich ganz besonders zu einem Gasthause und Handlung. — Die darauf Respektirenden wollen sich entweder persönlich oder schriftlich franco melden poste restante Trzemesano, IV. H.

Für Müller
beachtenswerth!

Eine Windmühle mit 2 Gängen, 1 Brettmühle, mit hinlänglicher Wasserkraft, jährlich 200 starke Breitlässe und dazu ein Vorwerk von 135 Morgen Acker und Wiesen, ist für 300 Thlr. jährlich auf beliebige Zeit zu verpachten.

Näheres auf fr. Anfr. sub A. B. C. poste restante Kattowitz.

Bon einem zahlungsfähigen Dekonomen wird eine Landwirtschaft von 4—600 Mrg. in der Nähe einer größeren Stadt zu kaufen gesucht. Verkäufer belieben genaue Beschreibung sc. an die Exped. dieser Zeitung unter X. 99 einzusenden.

Eine im vollen Betriebe u. im besten Zustande befindliche

Delmühle

in nächster Nähe Stettins ist besonderer Umstände halber unter günstigen Bedingungen sofort

zu verkaufen.

Alles Nähere erfährt man nach Angabe von Preissen sub D. 6899 in der Annonen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin.

Verkauf einer Dampfmühle.

Die hebstelle Dampfmühle, an der Oberschlesischen und Rechten Oder-Ufer-Eisenbahn, sowie an der Oder gelegen, mit 4 amerit. Gängen, 1 Spitzgang, 1 Schlägengang, massiven Gebäuden, ausreichenden Räumlichkeiten und vollständigem Inventar, soll Behufs Auseinandersetzung der gegenwärtigen Besitzer durch mich meistbietend verkauft werden, zu welchem Zweck ich im Auftrage der Besitzer einen Termin auf

Montag, den 8. November d. J.,

in meinem Bureau angesetzt habe und Kauflustige hierzu einladen.

3 bis 4000 Thlr. Anzahlung sind erforderlich. Nähere Auskunft in meinem Bureau Oppeln, den 18. Oktober 1869.

Der Königliche Rechts-Anwalt

Hohnhorst.

Geschäfts-Verkauf.

In mein Pensionat können noch einige junge Mädchen aufgenommen werden. Näheres durch das Programm.

Helene From,

Vorsteherin der höheren Töchterschule zu

Sagan.

Einige Anmeldungen erwarte ich St. Martin Nr. 3, Parterre links.

A. Eichstedt, Tanz- u. Ballettlehrer.

Stotterer

werden nach einer pädag. von mir selbst erprobten Methode in 14 Tagen geheilt.

Honorar erst nach erfolgter Heilung.

Fr. Göls in Posen, Wilhelmstraße 22.

Einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich hier selbst, Bronnerstraße Nr. 4, im Koloseum, ein Mehl- und Brotgeschäft, verbunden mit Koscheren Rauchfleischwaren und Delikatesen, errichtet habe. Ich habe mich bemüht, mir in diesen Branchen die besten Quellen zu verschaffen, und werde allen Ansprüchen genügen können. Indem ich Sie bei Bedarf in meinen Artikeln um Ihr geneigtes Wohlwollen bitte, zeichne Hochachtungsvoll

Samuel Neufeld, Bronnerstraße 4.

E. Kajkowski,

Wallische 65 und Ostrów 21, empfiehlt beste öberschlesische Steinöfen, sowie erste englische Schmiedöfen, deren Bestellungen und die Herren C. Adamiak, Breslauerstraße 9 und Bäckermeister Ecker, Dominikanerstr. 2 annehmen.

Sperenberger Düngerhypsoffert billigt und bittet um möglichst fröhzeitige Ordres

Naumann Werner,

Wilhelmsstraße 18.

Stettiner Portland-Gement frisch in Original-Packung offeriert billigt

Rudolph Rabsilber,

Breitestraße 20.

find für einen Kunstmärtner zu verkaufen oder bei genügender Rantion zu verpachten. Adr. Samter, poste restante F. F. franco.

Blumenzwiebeln, echte Haarlemmer und Berliner,

empfiehlt in vorzüglichster Qualität; Verzeichnisse gratis und franco. — Gleichzeitig empfiehlt mich zur Ausführung von Gartenanlagen und Anfertigung von Gartenplänen auf die geschmackvollste und sauberste Art.

Posen, Königstraße 15a.

Baumschule.

Alle Sorten edler Obstbäume, fruchttragende Sträucher, Alleebäume, Ziergehölze zu Park-Anlagen, starke verpflanzte Bäume, u. Topfgewächse empfiehlt billig

Fr. Fuchs,

Kunstgärtner.

100 Schock großes Weiß- und Blaukraut sind zu verkaufen in Zabłotow bei Posen.

Ernst Hiehle.

Ein Reitpferd versiegungshalber sofort zu verkaufen; zu erfragen Schützenstraße 3.

Dominium Lgów bei Zerkow hat 100 gesunde Hammel zu verkaufen.

Gänzlicher Ausverkauf

der Baumschulen

zu Grabowiec und Samter.

Obst- und Nutzbaumchen, 30–40% Ziergehölze 50% unter Katalogs-

preisen. Rechtzeitige Bestellungen effektiv nach Möglichkeit.

Samter.

Gebr. Zweiger.

Obstbaum- und Zierstrauch-Anlagen

find für einen Kunstmärtner zu verkaufen oder

bei genügender Rantion zu verpachten. Adr. Samter, poste restante F. F. franco.

Heinrich Mayer,

Kunst- und Handelsgärtner und Samenhandler

Der Bockverkauf

in meiner Stammhäferei zu Beuths-

b. Jesniz an der N.-W.-Bahn findet von

jeglich ab, wie alljährlich, wieder in 2jährigen

Zeitern statt. In Jesniz, wo die Bahnpost

eingegangen, stehen auf zeitige Bestellung beim

Wirthschaftsamt, Wagen.

Der nächste Haltepunkt der Schnell- und

Gläuge ist Sommersfeld.

Beuths., im Oktober 1869.

von Wiedebach
in Rostitz-Jänkendorf.

Eine Partie 1 Psd. schwere gestrickte baumwollene Unterhosen à 25 Sgr sowie alle Sorten Strumpfwaren in Baumwolle, Wolle und Seide, empfehlen zu sehr billigen Preisen.

Richard Kassel & Goczkowski,
Alter Markt 70.



zu verkaufen.

sollen

Bock-Auktion

zu Sobbowik,

Bahnhof Hohenstein bei Danzig.

Am Donnerstag den 28. Oktober c. Vormittags 11 Uhr,

42 Bollblut-Rambouillet-Böcke,

24 Rambouillet-Negretti-Böcke,

17 Original-Negretti-Böcke

in öffentlicher Auktion verkauft werden.

Berechnisse über Abstammung und Minimalpreise werden auf Wunsch verschickt.

F. Hagen.

Bom 1. November d. J. siehen Frankfurter Böcke auf dem Dom. Markt bei Kozmin zum Verkauf.

</div



Produkte von
A. Benites & Co.
BUENOS AIRES.

La Plata Fleisch-Extract.

(*Extractum Carnis Liebig*)
General-Consignatarius für den europäischen
Continent

J. A. DE MOT in Brüssel.
Analysirt und approbiert durch die Herren
Professoren

J. B. Depaire und Th. Jouret
in

Brüssel.
Mitglieder des obersten Sanitäts-Rathes in
Belgien.

Vollständige Reinheit und vorzügliche
Qualität garantirt. Vortheilhaft für Haus-
haltungen, Reisende, Marine, Restauratio-
nen, Hospitalen u. s. w.

Silberne Medaille. Altona 1869.

**Ausserordentlich kräftigend
für Genesende, Kinder etc.**

Die Unter-
schriften
obengenannter
Professoren
befinden
sich auf je-
dem Topf.
Der Prospectus
wird auf Verlan-
gen gratis verab-
folgt.



Attest.

Das **La Plata Fleisch-Extract** (*Extractum carnis Liebig*) der
Herren A. Benites & Co. in Buenos Ayres ist völlig unverfälscht, das Verhältniss
daraus zwischen Wasser, verbrennlichen und unverbrennlichen Bestandteilen ist
dasselbe als in dem der Fray-Bentos-Compagnie, und die nahrungsfähigen Stoffe
sind in ganz gleichem Verhältnisse in beiden Extracten enthalten, mithin sind
also beide von gleicher Güte.

gez. **C. Minty**, Professor der Chemie an der Universität zu Kiel.

Detail-Preise: 1 engl. Pf. Topf. 1/2 engl. Pf. Topf. 1/4 engl. Pf. Topf.
à Thlr. 3. 5 Sgr. à Thlr. 1. 20 Sgr. à 27/4, Sgr.

Zu haben in den meisten Handlungen und Apotheken.
Thätige Agenten werden gesucht.

1 Pf. Extract
enthält die
Nahrhaftig-
keit von 35
Pfd. Ochsen-
fleisch, frei
von Kno-
chen und
Fett.

Fabrik-
Zeichen

Ein Hausschlafladen mit Schaufenster ist
Alten Markt 40 unter guten Bedingungen
sofort zu vermieten. Näheres daselbst.

Ein anst. möbl. Zimmer ist sogl. oder zum 1.
Nov. zu verm. Berlinerstr. 19, 3 Tr. rechts.

Ein Arzt
ist dringendes Bedürfnis für
die Stadt Peiskretscham.

Ein Böttchergeselle, welcher mit der
Brauereiarbeit befriedigt weiß, findet sofort
dauernde Beschäftigung in der

Hugger'sche Brauerei.

Rockarbeiter
finden dauernde Beschäftigung bei
W. Tuumann.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei
R. Genswein,
Uhrmacher.

Die Gärtner-Stelle in Golcien ist
besetzt.

Ein j. Mann, ev. 23 Jahr, von Hause
aus Landwirth, praktisch wie theoretisch
gebildet, welcher jetzt sein Militär-Jahr
abgedient, gute Bezeugnisse hat, deutsch und
polnisch spricht, sucht eine Stelle auf einem
mittelgroßen Gut, unter Disposition des
Principals. — Adressen an die Annoncen-
Expedition von Rudolph Mosse, Friedrichs-
straße 60, Berlin, sub M. 6907.

Bei unserem Umzuge nach Posen sagen wir
allen Freunden und Bekannten ein herzliches
Lebewohl.

Oberschule, den 18. Okt. 1869.

Wive. Fanny Broda,
Heinrich Broda,
kleine Gerberstr. 14.

Ein von den Herren Gebr. Schwersenz
in Schrimm unterm 4. Oktober d. J. aus-
gestellter, von mir acceptirter, bei der königl.
Bank-Kommandite in Gnesen per 25. Januar
1870 zahlbar gemachter Prima-Wechsel in
Höhe von Thlr. 41. 3 Sgr. 6 Pfg. ist ab-
handen gekommen und warne ich hierdurch
Jedermann vor dessen Ankauf.

Gerniejewo, den 17. Oktober 1869.

Loebel Kisch.

Ein kleiner Affenpinscher ist zugelaufen
und kann abgeholt werden bei

C. Bardfeld, Neuestraße 4.

Gabelsberger
Stenographen-Verein.

Das Stiftungsfest findet Sonnabend den
23. statt. Die Mitglieder werden gebeten,
pünktlich um 7 Uhr Ab. im Vereinslokal zu
erscheinen.

Zum Besten der
Diakonissen-Kranken-Anstalt
zu Posen

Sonnabend den 30. Oktober 1869,
Abends 7 Uhr,

Geistliches Konzert
in der

St. Pauli-Kirche

für gemischten Chor mit Orgel- und
Orchester-Begleitung, unter Leitung von

Carl Hennig,

Kantor und Organist an d. St. Pauli-

Kirche.

Programm wie bekannt.

Billets à 10 Sgr. sind nur zu ha-
ben in d. Hof-Musikhandlung von

Ed. Bote & G. Bock.

Die gestern Abend 1/8 Uhr erfolgte Ent-
bindung meiner lieben Frau Marie geb.
Graeve von einem kräftigen Knaben, bedrängt
ich mich statt jeder besonderen Meldung erge-
benst anzugeben.

Posen, den 20. Oktober 1869.

Wiarda,

Premier-Lieutenant im 1. Niederschlesischen

Infanterie-Regiment Nr. 46.

Am 20. d. entschließt nach einem längeren
Leiden unsere geliebte Mutter, Groß- und
Schwiegermutter Witwe Dorothea Strey
im Alter von 68 Jahren 6 Monaten. Die
Beerdigung findet Sonntag den 24. d. in
Radchow bei Grabow statt.

Die betroffenen hinterbliebenen.

Volksgarten-Saal.

Heute Donnerstag den 21.

und Freitag den 22. Oktober

großes Konzert u. Vorstellung.

Erstes Aufreten

des Gesangs- und Charakter-Komikers Herrn

W. Richter aus Berlin.

Aufreten der Gesellschaft des Direktors

Mr. Charles Alfonso.

Aufreten der Solo-Tänzerin Fr. Lucia.

Aufreten der Soubrette Fr. Helene.

Entree an der Kasse 5 Sgr. Kinder 1 1/2, Sgr.

Anfang 7 Uhr.

Tagesbillets à 3 Sgr. in den Konditoreien

des Herrn R. Neugebauer.

Morgen Freitag

zum ersten Male:

Jocco der brasiliatische Affe.

Große komische Pantomime.

Emil Tauber.

Täglich frische

Engl. Blasforn à Dutzend 25 Sgr.

Hofst. = à Dutzend 15 Sgr.

empfiehlt

Julius Buckow,

Th. Baldenius Söhne Nachf.

Wein-Großhandlung.

Wilhelmsplatz 15.

Auf der Schneekoppe

heute Abend frische Kesselwurst, wozu erge-
benst einladet

Haenisch.

Breslauer Keller.

Heute Donnerstag Wurstabendbrot.

Thiele.

matt und die Verkäufer bei aller Zurückhaltung nicht im Stande, die an-
fänglich festen Forderungen aufrecht zu erhalten. Das Geschäft gestaltete sich
zu dem etwas ermäßigte Preisen regamer und es ist auch schließlich eine
gewisse Festigkeit wiedergekehrt, infsofern man eher einem Käufer als einer
Offerte begegnete. Das Effektivgeschäft leidet unter mangelndem Auswahl.
Die feinen Qualitäten sind beliebt, andere Sorten aber nicht. Gefündigt
1000 Ctr. Ründungspreis 48 S. — Roggenmehl flauer.
Gefündigt 2000 Ctr. Ründungspreis 8 S. 10 1/2 Sgr. — Weizen bestellte
sich unter dem Einfluss günstiger englischer Berichte. Gefündigt 1000 Ctr.
Ründungspreis 60 S. — Hafer lolo reichlich am Markt, bessere Qualität
aber fest im Wertste. Termine aber höher. Gefündigt 600 Ctr. Ründungspreis 27 1/2 S. — Rüböl in recht beschränktem Verkehr, doch in sehr
seiter Haltung und Preise zu Gunsten der Verkäufer. Gefündigt 300 Ctr.
Ründungspreis 12 1/2 S. — Spiritus wurde pr. Okt. zu schwankenden
Preisen ziemlich regel gehandelt. Im Übrigen ist nicht viel verändert und
die Stimmung matt. Gefündigt 70,000 Du. Ründungspreis 15 1/2 S. —
Weizen lolo pr. 2100 Pf. 55—74 S. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per
diesen Monat 60 S. bz. Okt.-Nov. do. Nov.-Dec. 60 1/2 a 60 1/2 S. — Roggen
lolo pr. 2000 Pf. 48 a 50 S. bz. per diesen Monat 48 1/2 a 48 1/2 S. — Roggen
bz. Okt.-Nov. 47 1/2 a 48 1/2 S. bz. Nov.-Dec. 46 1/2 a 46 1/2 S. bz. — April-Mai
46 1/2 a 46 1/2 S. bz. a 46 1/2 S. bz. Mai-Juni 46 1/2 a 64 1/2 S. bz. — Roggen
matt und die Verkäufer bei aller Zurückhaltung nicht im Stande, die an-
fänglich festen Forderungen aufrecht zu erhalten. Das Geschäft gestaltete sich
zu dem etwas ermäßigte Preisen regamer und es ist auch schließlich eine
gewisse Festigkeit wiedergekehrt, infsofern man eher einem Käufer als einer
Offerte begegnete. Das Effektivgeschäft leidet unter mangelndem Auswahl.
Die feinen Qualitäten sind beliebt, andere Sorten aber nicht. Gefündigt
1000 Ctr. Ründungspreis 48 S. — Roggenmehl flauer.
Gefündigt 2000 Ctr. Ründungspreis 8 S. 10 1/2 Sgr. — Weizen bestellte
sich unter dem Einfluss günstiger englischer Berichte. Gefündigt 1000 Ctr.
Ründungspreis 60 S. — Hafer lolo reichlich am Markt, bessere Qualität
aber fest im Wertste. Termine aber höher. Gefündigt 600 Ctr. Ründungspreis 27 1/2 S. — Rüböl in recht beschränktem Verkehr, doch in sehr
seiter Haltung und Preise zu Gunsten der Verkäufer. Gefündigt 300 Ctr.
Ründungspreis 12 1/2 S. — Spiritus wurde pr. Okt. zu schwankenden
Preisen ziemlich regel gehandelt. Im Übrigen ist nicht viel verändert und
die Stimmung matt. Gefündigt 70,000 Du. Ründungspreis 15 1/2 S. —
Weizen lolo pr. 2100 Pf. 55—74 S. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per
diesen Monat 60 S. bz. Okt.-Nov. do. Nov.-Dec. 60 1/2 a 60 1/2 S. — Roggen
lolo pr. 2000 Pf. 48 a 50 S. bz. per diesen Monat 48 1/2 a 48 1/2 S. — Roggen
bz. Okt.-Nov. 47 1/2 a 48 1/2 S. bz. Nov.-Dec. 46 1/2 a 46 1/2 S. bz. — April-Mai
46 1/2 a 46 1/2 S. bz. a 46 1/2 S. bz. Mai-Juni 46 1/2 a 64 1/2 S. bz. — Roggen
matt und die Verkäufer bei aller Zurückhaltung nicht im Stande, die an-
fänglich festen Forderungen aufrecht zu erhalten. Das Geschäft gestaltete sich
zu dem etwas ermäßigte Preisen regamer und es ist auch schließlich eine
gewisse Festigkeit wiedergekehrt, infsofern man eher einem Käufer als einer
Offerte begegnete. Das Effektivgeschäft leidet unter mangelndem Auswahl.
Die feinen Qualitäten sind beliebt, andere Sorten aber nicht. Gefündigt
1000 Ctr. Ründungspreis 48 S. — Roggenmehl flauer.
Gefündigt 2000 Ctr. Ründungspreis 8 S. 10 1/2 Sgr. — Weizen bestellte
sich unter dem Einfluss günstiger englischer Berichte. Gefündigt 1000 Ctr.
Ründungspreis 60 S. — Hafer lolo reichlich am Markt, bessere Qualität
aber fest im Wertste. Termine aber höher. Gefündigt 600 Ctr. Ründungspreis 27 1/2 S. — Rüböl in recht beschränktem Verkehr, doch in sehr
seiter Haltung und Preise zu Gunsten der Verkäufer. Gefündigt 300 Ctr.
Ründungspreis 12 1/2 S. — Spiritus wurde pr. Okt. zu schwankenden
Preisen ziemlich regel gehandelt. Im Übrigen ist nicht viel verändert und
die Stimmung matt. Gefündigt 70,000 Du. Ründungspreis 15 1/2 S. —
Weizen lolo pr. 2100 Pf. 55—74 S. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per
diesen Monat 60 S. bz. Okt.-Nov. do. Nov.-Dec. 60 1/2 a 60 1/2 S. — Roggen
lolo pr. 2000 Pf. 48 a 50 S. bz. per diesen Monat 48 1/2 a 48 1/2 S. — Roggen
bz. Okt.-Nov. 47 1/2 a 48 1/2 S. bz. Nov.-Dec. 46 1/2 a 46 1/2 S. bz. — April-Mai
46 1/2 a 46 1/2 S. bz. a 46 1/2 S. bz. Mai-Juni 46 1/2 a 64 1/2 S. bz. — Roggen
matt und die Verkäufer bei aller Zurückhaltung nicht im Stande, die an-
fänglich festen Forderungen aufrecht zu erhalten. Das Geschäft gestaltete sich
zu dem etwas ermäßigte Preisen regamer und es ist auch schließlich eine
gewisse Festigkeit wiedergekehrt, infsofern man eher einem Käufer als einer
Offerte begegnete. Das Effektivgeschäft leidet unter mangelndem Auswahl.
Die feinen Qualitäten sind beliebt, andere Sorten aber nicht. Gefündigt
1000 Ctr. Ründungspreis 48 S. — Roggenmehl flauer.
Gefündigt 2000 Ctr. Ründungspreis 8 S. 10 1/2 Sgr. — Weizen bestellte
sich unter dem Einfluss günstiger englischer Berichte. Gefündigt 1000 Ctr.
Ründungspreis 60 S. — Hafer lolo reichlich am Markt, bessere Qualität
aber fest im Wertste. Termine aber höher. Gefündigt 600 Ctr. Ründungspreis 27 1/2 S. — Rüböl in recht beschränktem Verkehr, doch in sehr
seiter Haltung und Preise zu Gunsten der Verkäufer. Gefündigt 300 Ctr.
Ründungspreis 12 1/2 S. — Spiritus wurde pr. Okt. zu schwankenden
Preisen ziemlich regel gehandelt. Im Übrigen ist nicht viel verändert und
die Stimmung matt. Gefündigt 70,000 Du. Ründungspreis 15 1/2 S. —
Weizen lolo pr. 2100 Pf. 55—74 S. nach Qualität, pr. 2000 Pf. per
diesen Monat 60 S. bz. Okt.-Nov. do. Nov.-Dec. 60 1/2 a 60 1/2

— April-Mai 12½ a ½ a ½ R. b. — Petroleum raffin (Standard white) pr. Ctr. mit Gas: lolo 8½ R. u. per diesen Monat —, Okt.-Nov. 8½ R. Br., Nov.-Dez. 8½ a ½ a ½ R. b., Dez.-Jan. 8½ a ½ a ½ R. b. — Spiritus pr. 8000% lolo ohne Gas 15½ a ½ R. b., mit leihw. Geb. 15½ a ½ b., lolo mit Gas —, per diesen Monat 15½ a ½ a ½ R. b. u. Br., 15½ R. Br., Okt.-Nov. 15 a 14½ a 15 b., Br. u. Gd., Nov.-Dez. 14½ a ½ b., Jan.-Febr. — April-Mai 15½ a ½ a ½ b., Br. u. Gd., Mai-Juni 15½ a ½ a ½ b., Juni-Juli 15½ b., Juli-August 15½ b. — Mehrl. Beigemehl Nr. 0 4½ — 4 R. u. 1. 4 — 3½ R. Roggenmehl Nr. 0. 3½ — 3½ R. u. 1. 1 3½ — 3 R. pr. Ctr. unverfeuert egl. Sac. — Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unverfeuert infl. Sac; per diesen Mon. 3 R. u. 11 Sgr. a 3 R. 10½ Sgr. b., Okt.-Nov. 3 R. 9 Sgr. Br., Nov.-Dez. 11 Sgr. a 3 R. 10½ Sgr. b., Mai-Juni 3 R. 7 Sgr. Br., Jan.-Febr. 3 R. 7 Sgr. b., April-Mai 3 R. 7 Sgr. a 3 R. 6½ Sgr. b. (B. p. 8.)

Stettin, 20. Okt. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. Thermometer: +8° R. Barometer: 27°. Wind: SW. — Weizen stille, p. 2125 Pfd. lolo gelber inländ. neuer 58 67 R. hunder poln. 56—64 R. ungar. 58—64 R. 83½ Pfd. gelber pr. Okt. 66 R. 65½ G. Okt.-Nov. do, Frühj. 67—67 R. — Roggen Anfangs fest, schlecht ruhig, p. 2000 Pfd. lolo 46—48½ R. b., pr. Okt. 47½ — b., Okt.-Nov. 46½ — b., Frühjahr 46—45½ b., Gd. u. Br. — Gerste füll. p. 1750 Pfd. lolo 26—28 R. — 44½ R. b., schlef. 43 R. — Hafer füll. p. 1300 Pfd. lolo 26—28 R. — 47½ Pfd. pr. Okt. 28½ b., Frühjahr 27½ R. Gd., pr. Mai-Juni 28 R. Gd. — Erbsen ruhig, p. 2250 Pfd. lolo Butter 53—54 R. Röhr. 55—57 R. u. pr. Frühjahr Butter 49 R. Gd. — heutiger Landmarkt: Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen 56—65 45—50 36—42 20—27 53—56 R. 56—65 45—50 36—42 20—27 53—56 R.

deu 10—17½ Sgr. Stroh 6—7½ R. Kartoffeln 10—12 R. Rüböl behauptet, lolo 12½ R. Br., pr. Okt. 12½ b., 12½ Br., Okt.-Nov. 12½ Br., Nov.-Dez. 12½ b., Dez.-Jan. 12½ b., 12½ Br., April-Mai 12½ b., Gd. u. Br. — Spiritus niedriger, lolo ohne Gas 16, 15½, 1½, 1½, R. b., mit Gas 15½ b., pr. Okt. 15½ b. u. Br., Okt.-Nov. 15 Gd. Frühjahr 15½ Gd. — Angemeldet: 100 W. Weizen, 250 W. Roggen, 1000 Ctr. Rüböl. — Regulierungspreise: Weizen 66 R. Roggen 47½ R. Rüböl 12½ R. Spiritus 15½ R. — Hering, schott. crown und full Brand lolo 14½ — R. tr. b., 14½—14½ R. gefordert, pr. Okt. 14½ tr. b., pr. Febr. 14½ b., pr. Okt.-Nov. 8½ Br., Nov.-Dez. 8½ — b., 8½ Br., Dez.-Jan. 8½ b., Jan.-Febr. 8½ Br. — Schwefelkohle, ungar. 6½ Sgr. b., — Syrup, Stärke 5 R. b., 4½—5 R. tr. gef. Candis 3½ — 3½ R. nach Dual. b., — Cassia lignea 13 Sgr. tr. b., — Blauholz, Domingo auf Lieferung ex Schiff Nordleye 2½ R. b., 2½ R. tr. gef. (Oft. 8.)

Breslau, 20. Okt. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleefaat rothe unverändert fest, ordinär 10—11, mittel 11½—12½, fein 13—14, hochfein 14½—15. Kleefaat weisse sehr fest, ordinär 13—15, mittel 17—19, fein 20—22, hochfein 23—25. — Roggen (p. 2000 Pfd.) unverändert, pr. Okt. 46½ Br., Okt.-Nov. 45½—46 b., Nov.-Dez. 44½ b., April-Mai 44 a ½ b. u. Gd. — Weizen höher, pr. Okt. 62 Br. — Gerste pr. Okt. 47 Br. — Hafer pr. Okt. 42½ Br., Frühjahr 43 Br. — Raps pr. Okt. 114 Br. — Lupinen wenig beachtet, p. 90 Pfd. 44—50 Sgr. — Rüböl ruhiger, lolo 12½ Br., pr. Okt. 12½ b. u. Br., — Rapskuchen

— Breslau, 20. Oktober. Die Börse eröffnete in schwankender Haltung, wurde jedoch bei Eintritt besserer Wiener Kurse fest und fand ein recht lebhafter Umsatz in österreich. Kredit- und Lombarden statt. Bei den übrigen Spekulationspapieren, welche im Allgemeinen weniger beachtet waren, zeigte sich nur für Oberschlesische Eisenbahnen und Amerikaner Vergehr. Per ult. fix: Oberschlesische A. u. C. 17½ bez. u. G. Rechte Öder-Ufer 90½ bez., Rosel 108½ bez., Lombarden 137 bez. u. Br., österreich. Währung 82½ bez., österreich. Kredit- 100½—11½ bez. u. Gd., Amerikaner 88½ bez. u. Br. — Offiziell gekündigt: 500 Ctr. Rüböl und 500 Ctr. Rapskuchen.

[Schlußkurse] Österreichische Loose 1860. — Minerva. — Schlesische Bank. — Österreich. Kredit-Bankaktien 100½ B. Oberschlesische Prioritäten 72½ b. u. B. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 89 B. do. Lit. G. 88 b. u. G. Rechte Öder-Ufer-Bahn St.-Prioritäten. — Breslau-Schweid.-Kreis. 11½ B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 17½ b. u. G. Lit. B. — Rechte Öder-Ufer.

Berlin, 20. Oktober. Die Börse eröffnete auf sehr schlechte Pariser Kurse in flauer Haltung und mit niedrigeren Kurien für Spekulationspapiere; das Geschäft war aber in Lombarden, Branzenen und Kredit von großer Ausdehnung. Auch Italiener waren zu etwas niedrigerem Preis ziemlich belebt. Später befestigte sich die Haltung auf die besseren Wiener Notirungen, ermittelte aber von Neuem, da das Angebot stark hervortrat. Eisenbahnen waren fest, die Kurse gegen gestern wenig verändert, das Geschäft aber geringer als gestern. In Bergisch-Märkischen, Köln-Windens u. a., und besonders Rheinischen wurde Einiges gehandelt. Banken waren still und ist kaum ein einziges Papier zu erwähnen, nur Distrikts-Kommandit-Anteile und Darmstädter waren belebt und kamen zu niedrigerem Preise begehr. Inländische Bonds fest bei schwachem Verkehr, 4½ proz. Anleihe etwas höher. Deutsche Bonds ohne Leben. Österreichische matt und mehrfach niedriger. Von russischen waren Prämienanleihen niedriger, aber nach mehrfachen Schwankungen zuletzt gefragt und im Ganzen belebt; ebenso Boden-Kredit und Liquidations-Pfandbriefe. — Prioritäten still und wenig verändert, russische zum Theil etwas höher. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 4½ bezahlt und Brief.

Ausländische Bonds.

Berlin, den 20. Oktober 1860.

Preußische Bonds.

	Destr. Metalliques	5½ b. G.	Berlin-Stettin	4½	—
do. National-Akt.	56½ G.	do. II. Gm. 4	79½ b. G.	—	
do. 250½ P. Okt. 4	74 B. [b.]	do. III. Gm. 4	—		
do. 100½ Kred. 2.	86 B. [-7½-77]	do. G. I. V. G. v. G. S. 4½	90½ b. b.		
do. Boose (1860)	57 b. G. ult. 76½	do. VI. Ser. do. 4	79 B.		
do. Pr. Sch. v. 64	63½ b. b.	do. G. —	—	G. —	
do. 1857 4½	92½ b. b.	do. G. —	—	—	
do. 1859 4½	92½ b. b.	do. G. —	—	—	
do. 1856 4½	92½ b. b.	do. III. Gm. 4	79½ G.		
do. 1864 4½	92½ b. b.	do. IV. Gm. 4	90½ b. b.		
do. 1867 A.B.D.C 4½	92½ b. b.	do. V. Gm. 4	100 B.		
do. 1850, 52 tons 4	84½ b. b.	do. II. Gm. 5	100 B.		
do. 1858 4½	82½ b. b.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1862 4	82½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1868 A. 4½	82½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. IV. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. V. Gm. 4	—		
do. 1866 4½	78½ B.	do. III. Gm. 4	—		
do.					